

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Abzugspreis durch Boten vierteljährlich 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. • Einzelgenannahme: Inscaten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Cindensstr. 3 • Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. • Druckkosten ausgeschlossen. • Postfachkonto Hannover Nr. 57813 • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Bochum, Dillstraße 46 • Tel.-Nr. 60821 • Teleg.-Adr.: IAWBAND Bochum

Um die Zukunft der Gewerkschaften.

Mit der politischen Umgruppierung und Machtverschiebung ist auch die Frage nach dem zukünftigen sozialen Zusammenwirken der deutschen Wirtschaftsgesellschaft akut geworden. Bisher war es so, daß alle sozialwirtschaftlichen und sozialrechtlichen Fragen, soweit sie nicht durch Gesetz ihre Klärung gefunden hatten, in freier Betätigung zwischen den beiden großen sozialen Interessengruppen — den Arbeitgebern und Arbeitnehmern — gelöst werden mußten. Als streitende Parteien traten hierbei auf die Arbeitgeberorganisationen auf der einen und die Arbeitnehmerorganisationen auf der andern Seite oder, anders ausgedrückt: Die Unternehmer und Arbeitergewerkschaften.

In der Diskussion um die Zukunft der Gewerkschaften ist es notwendig, auf diese Gleichhaltung von Unternehmerverbänden und Arbeitergewerkschaften hinzuweisen. Jede Diskussion um die Zukunft der Gewerkschaften im Hinblick auf die Lösung der sozialen Frage ist ungerecht-einseitig, um nicht zu sagen unehrlich, wenn sie nur geführt wird in der Absicht einer Beeinträchtigung der Rechte und Freiheiten der Arbeitergewerkschaften, ohne ungeschmälert gleiche Beeinträchtigung für die Unternehmerverbände zu fordern. Wir möchten das in aller Deutlichkeit besonders jenen heute gesagt haben, die heute soviel über die Gewerkschaftsfrage gerade in der großen Unternehmerpresse glauben schreiben zu dürfen und schreiben zu sollen. Viele heute im Unternehmerlager nehmen die neue Situation so auszulegen, daß nun der organisierte Arbeiterpolitik, besonders den Gewerkschaften, der Garand ermahnt werden soll und wird, damit endlich die Wirtschaft „frei“ werde und die Unternehmerverbände in ihrer von ihren Interessen geleiteten Beeinflussung der Staatspolitik und der von dieser zu regelnden Sozialordnung nicht mehr behindert würden.

Wir wissen noch nicht, wie die neue Regierung zu solcher Auffassung steht. Wohl aber wissen wir das eine, daß eine auf solcher Unternehmerauffassung aufgebaute neue Sozialordnung auf geradem Boden stünde. Darüber muß man sich nämlich klar sein, daß die bisherigen sozialwirtschaftlichen und sozialrechtlichen Kämpfe zwischen Unternehmerverbänden und Arbeitergewerkschaften nicht etwa deshalb ausgetragen werden mußten, weil es für einen großen Teil der Arbeiterschaft eine Theorie des Klassenkampfes gab, sondern aus dem ganz einfachen Grunde, weil dieser Kampf Wesensbestandteil unseres heutigen Wirtschaftssystems ist. Wäre dem nicht so, dann wäre ja der Bestand sogenannter nationaler Arbeiterorganisationen völlig sinnlos und der Bestand sogenannter gelber Gewerkschaften gar nur widerliche Heuchelei.

Zur Lösung stünde deshalb auch für die Zukunft nur die Frage nach der gesündesten und volkswirtschaftlich vorteilhaftesten Kampfform. Verneint werden muß die Frage nach der Notwendigkeit einer andern Organisationsform!

Die heutigen Organisationsformen sowohl auf Unternehmensebene als auch auf Arbeiterseite sind das natürliche Entwicklungsprodukt und die natürliche Anpassung an die realen Kampfbedingungen unseres heutigen Wirtschaftssystems. Auch hierfür darf zum Beweis angeführt werden, daß weder von sogenannten nationalen Gruppen noch von Führern der Selbstbewegung eigene andere Formen des organisierten Zusammenschlusses und Zusammenwirkens geschaffen werden konnten. Das einzige, was zwischen allen in der Form sich völlig gleichen Gruppen an Unterschied besteht, ist die verschiedenartige Auffassung über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit einzelner sozialwirtschaftlicher oder sozialrechtlicher Maßnahmen. Die Notwendigkeit, in getrennter Zusammenfassung an der Gestaltung der zweckmäßigsten Sozialordnung mitwirken zu müssen, erkennen aber alle an, vielleicht mit Ausnahme der Selbstführer, die sich meistens der geistigen Grundausfassung ihrer Führer nicht bewußt sind.

Aus all dem Gesagten ergibt sich dann weiter, daß wenn die heutigen Organisationsformen natürliches Wachstum darstellen und natürliches Entwicklungsprodukt sind in Anpassung an das bestehende Wirtschaftssystem und die Besonderheit des darauf beruhenden öffentlich-rechtlichen und sozialwirtschaftlichen Zusammenwirkens unseres Volkes, daß dann jeder willensmäßig bestimmte politische Eingriff in die heutige Eigenständigkeit der Gewerkschaften und jede auf rein staatspolitischer Auffassung beruhende willkürliche einseitige Umformung der Gewerkschaften, von den Betroffenen, also von der Arbeiterschaft, sehr bald als eine unerbittliche und ungerechte Vergewaltigung empfunden werden dürfte, wenn nicht gleichzeitig damit auch ein gleich weitreichender Eingriff in das bestehende Wirtschaftssystem, besonders den auf dem heutigen System beruhenden Wirtschaftsmechanismus als Funktion freier Wirtschaftstätigkeit, gemacht würde.

Auf diese Tatsache möchten wir besonders deshalb hinweisen, weil die jetzige Regierung wohl sehr leicht sich einig finden könnte in der Absicht einer Umorganisation und Ueberleitung der Gewerkschaften aus ihrem heutigen freien Funktionsverhältnis in ein gewisses staatslich-verwaltungspolitisches, niemals aber in dem Willen, unseren heutigen Wirtschaftsmechanismus als Funktion freier Wirtschaftstätigkeit, dem Zugriffs- und Verfügungsrecht der jeweiligen politischen Herrschaftsgruppe unterzuordnen. Wir halten die Kreise, denen dieser Hinweis Anlaß zum Nachdenken sein soll, für politisch zu klug, um anzunehmen, daß sie trotzdem, wenn nicht ganze Maßnahmen möglich sind, auch schon halbe Maßnahmen durchführen, ganz gleich, wie sie von den Betroffenen im Rathe aufgenommen werden.

Unsere Auffassung ist deshalb, daß auch die jetzige Regierung im Interesse eines gesunden Sozialverhältnisses und, um zu vermeiden, daß sich gerade das schaffende Volk im sozialen Zusammenwirken einseitig beengt fühlt, an dem Bestand und der Selbständigkeit der heutigen Gewerkschaftsbewegung nichts ändern sollte. Inwiefern die Frage des Rechtsverhältnisses 1. der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen zueinander, 2. der Gewerkschaften zu den Unternehmerverbänden, 3. des Staates (als Aufsichtsborgan über allem sozialen Zusammenwirken) zu den sozialen Kämpfen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, 4. der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen zu und in den sozialwirtschaftlichen und sozialrechtlichen Institutionen, eine andere Lösung finden könnte und soll, wollen wir für heute nicht erörtern.

Wir wollten nur grundsätzlich darlegen, daß gerade die Pflege volklicher Eigenart für uns Deutsche gebietet, und ja auch Herr Vizeminister von Papen in Breslau zum Ausdruck brachte, nicht das, was die deutsche Arbeiterschaft in gesunder Selbsterhaltung aufgebaut hat, zu zerbrechen. Die deutschen Gewerkschaften in ihrer heutigen Form und ihrer Selbständigkeit sind das Ursprüngliche, was die deutsche Arbeiterschaft aus eigener Aufbaubarbeit

Lohn- und Manteltarif im Ruhrbergbau verlängert.

Wie wir bei Redaktionschluss erfahren, haben die Tarifparteien für den Ruhrbergbau eine Vereinbarung getroffen, wonach die bisher geltende Lohnordnung um ein halbes Jahr verlängert wird. Der Manteltarif ist um ein Jahr verlängert, mit der Maßgabe, daß die bisherige Klärung der Urlaubsvergütung auch für das Urlaubsjahr 1933/34 bestehen bleibt.

gezeugt hat. Solange sie in freier Ueberzeugung daran festhält, wäre eine willkürliche Fortführung des unklüglichen, was eine auf Eroberung dieser wertvollen Kräfte der schaffenden Volksschichten gerichtete Politik tun könnte.

Staat ohne Wirtschaft.

Die staatspolitische Umwälzung glbt verschiedenen Wirtschaftsmächten, großen und kleinen, Anlaß, ihre Ansprüche bei der neuen Staatsführung anzumelden. Voran reichlich die Schwerindustrie, deren repräsentativer Vertreter, der Langnamverein, erst kürzlich seine Ansichten der Öffentlichkeit unterbreitete. Im Mittelpunkt seiner Kundgebung stand ein Referat des bekannten Staatsrechtlers Professor Karl Schmitt. Die große Begeisterung, mit der dessen Referat aufgenommen wurde, zeugt dafür, daß er seinen Zuhörern aus dem Herzen sprach.

Zwei Gedanken wurden im Referat Professor Schmitts in eine Einheit verbunden: Die Forderung nach einem autoritären Staat, der also machtvoll und unabhängig von demokratischen Einflüssen und Parlamenten das Geschick des Staates nach außen und nach innen lenkt, und gleichzeitig die Forderung, daß dieser autoritäre Staat sich um die Wirtschaft so wenig wie möglich kümmere, diese dem freien Spiel der Kräfte bzw. der schöpferischen Initiative der privaten Wirtschaft überlasse.

Man wird solcher Auffassung oder solchen Forderungen, die hier ausgesprochen wurden, weniger dadurch gerecht, daß man versucht, Begriffe wie autoritärer Staat und Liberalismus, der hier in der Forderung nach Wirtschaftsfreiheit vertreten wird, ideengeschichtlich oder dogmengeschichtlich zu untersuchen, um dann etwa zum Ergebnis zu kommen, daß diese Begriffe: autoritärer Staat und Liberalismus, unvereinbare Gegensätze sind. Das von ständigen Kämpfen ausgefüllte Dasein des Staates und der Wirtschaft kümmert sich wenig um Begriffe, es geht Verbindungen ein oder löst vorhandene Bindungen, ohne sich viel darum zu kümmern, in welches Schema sie passen und überläßt es den Wissenschaftlern, das Gewordene mit Begriffen zu belegen, bzw. ihnen neue Namen zu geben.

Dem Verständnis jener Fragen wird viel eher gebient, wenn man, statt sich viel um Begriffe zu kümmern, dem Langnamverein und Herrn Professor Schmitt schlicht und einfach die Frage stellt: Bitte, meine Herren, sagen Sie uns, auf welche Weise stellen Sie sich

die Ausschaltung des Staates aus der Wirtschaft vor? Bestatten Sie uns, zunächst einige Fragen an Sie zu richten!

Haben Sie etwa die Absicht, auf Bölle zu verzichten? Bölle für die eigene Produktion oder darüber hinaus auch auf andere Bölle, z. B. zugunsten der Landwirtschaft? Der Zoll und was damit zusammenhängt, Handelsverträge, Kontingente, Einfuhrverbote, Einfuhrmonopole, Verwendungsplanung usw. sind, das brauchen wir Ihnen nicht erst zu sagen, mächtige Eingriffe des Staates in die Wirtschaft, in Wirklichkeit sind sie Subventionen zugunsten der einen und der anderen Produzentenklasse.

Wollen Sie auch auf andere Formen von staatlichen Subventionen, die Sie bisher so stark begehrt, verzichten? Auf die mannigfaltigen Unterstützungen für notleidende Produktionszweige und Unternehmungen einschl. der Unterstützung der Landwirtschaft und des Bankgewerbes, auf Bestellungen, die nur durch staatliche Unterstützung in irgendeiner Form, z. B. durch Exportgarantien, Zinszuschüsse usw., möglich sind?

Diese Fragen zu stellen, heißt wohl, sie zu verneinen. Man kann aber einen Schritt weitergehen und zeigen, daß auch solche Gebiete, die für den ersten Blick als ausschließlicher Marktbereich der privaten Wirtschaft angesehen werden oder aber von der Wirtschaft völlig getrennt erscheinen, in Wirklichkeit die engste Verknüpfung zwischen Staat und Wirtschaft darstellen.

Nehmen wir das Kreditwesen. Selbst die, welche gegen Kreditkontrolle oder gar Sozialisierung des Bankwesens sind und die öffentlichen Banken bekämpfen, werden nicht umhin können, anzuerkennen, daß das moderne Kreditwesen sowohl nach außen wahrnehmungspolitisch wie nach innen konjunkturpolitisch aufs engste von der Haltung der Notenbank, die zweifellos ein staatliches Organ ist (selbst wenn ihre Aktien sich in privatem Besitz befinden), abhängig ist. Die Reichsbankkredite ermöglichen überhaupt erst

die Ueberwindung der Kreditkrise, und auch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm wie auch sonst die Befriedigung der staatlichen Bedürfnisse ist ohne die Mitwirkung der Reichsbank heute nicht möglich. Durch diese heberische Rolle der Reichsbank wurde mit dem wirtschaftlichen Liberalismus im Kreditwesen gründlich aufgeräumt.

Oder aber betrachten wir die Steuerpolitik. Wäre es nicht eine arge Selbsttäuschung, würde man behaupten, daß Steuerpolitik nicht auch gleichzeitig staatliche Wirtschaftspolitik ist. Längst sind die Zeiten vorbei, und sie können nicht zurückkommen, als noch Steuerpolitik als die finanztechnische Auswahlmethode der ergiebigsten Steuerarten aufgefaßt werden konnte. Daß die Steuerpolitik auch nicht etwa dem Prinzip der Steuergerechtigkeit huldigt, aus dem Grundsatze heraus, daß jeder Staatsbürger nach seiner Steuerkraft Steuern leisten muß, ist ebenso sicher. Bei der gewaltigen Zunahme der Staatsausgaben und der dadurch bedingten Notwendigkeit, einen großen Anteil des Volkseinkommens über die Kanäle der Staatskassen zu leiten, greift die Steuerpolitik tief in die Wirtschaft ein, und sie muß es auch tun. Durch die Steuerpolitik erfolgt ebenso wie durch die Zollpolitik jeweils eine Neuverteilung des Volkseinkommens. Freilich fordert der Langnamverein und fordern andere Unternehmerorganisationen die Ermäßigung ihrer Steuerlasten. Es wäre aber recht einfältig, Wünsche nach Steuerermäßigung mit dem Prinzip der Ausschaltung des Staates aus der Wirtschaft gleichzusetzen. Sie verlangen eben nur eine andere Verteilung des Volkseinkommens, als sie bisher vorhanden war.

Dann richtet sich der Kampf gegen die wirtschaftliche Betätigung des Staates,

gegen die öffentlichen Betriebe. Auch da möchten sich die Verfechter des neuen Liberalismus ihre Sache allzu leicht machen. Denn die wichtigsten öffentlichen Betriebe sind keine Konkurrenzbetriebe, sondern Monopolbetriebe, wie in der Verkehrswirtschaft, Gas- und Wasserversorgung bzw. soweit sie Konkurrenzbetriebe sind, stehen sie in Konkurrenz nicht mit freien, sondern mit monopolistisch beherrschten privaten Unternehmungen, wie z. B. im Bergbau, in der Kaliindustrie, in der Elektrizitätswirtschaft. Monopolpreise haben jedoch mit jenem wirtschaftlichen Liberalismus, der im Namen der Wirtschaftsfreiheit auftritt, nichts gemein, da die Monopolpreise sich nicht aus dem freien Spiel der Kräfte ergeben, auf die sich dieser Liberalismus beruft. Deshalb dürfte der Staat, wenn er Ernst mit der Forderung der Wirtschaftsfreiheit machen würde, auf die Kontrolle dieser Monopole, die gegenwärtig von der öffentlichen Wirtschaft verwaltet werden, nicht verzichten, ja darüber hinaus müßte er gerade im Namen der Wirtschaftsfreiheit eine wirkliche Monopolkontrolle auch auf solche private Unternehmungen erstrecken, die heute in monopolistischen Trusts und Kartellen vereint sind.

So jenseitert bald selbst im Rechte einer klüchtigen Untersuchung jene Ideologie von der Wirtschaftsfreiheit im autoritären Staat. Was übrig bleibt, ist allerdings schmerzlich genug. Denn es bleibt eben das übrig, was in Wirklichkeit unausgesprochen im Hintergrunde steht, wenn diese Kreise die Freiheit der Wirtschaft vom Staat fordern. Alle bisher genossenen wirtschaftlichen Vorteile möchten sie vom Staat weiter erhalten, darüber hinaus möchten sie auf bestimmten Gebieten, wo ihnen bisher Beschränkungen drohten, oder wo sie bisher in ihrer Machtentfaltung beschränkt waren, freie Hand bekommen. Es handelt sich dabei vor allem um die wichtigsten Gebiete: um die Sozialpolitik und die Lohnpolitik. Um Soziallasten los zu werden und Steuerermäßigungen zu erlangen, möchten sie gern den Abbau der sozialpolitischen Aufwendungen, und aus ähnlichen Gründen den Abbau der Löhne. Wird also die Forderung „Wirtschaftsfreiheit im autoritären Staat“ ihrer ideologischen Hülle entkleidet und auf ihren wirklichen Gehalt zurückgeführt, so erscheinen die Fragen, die sich dahinter verbergen, in einem anderen, viel schärferen Licht. U. S.

Denkt an die letzten Betriebsrätewahlen! Jubel und Schadenfreude in der Deutschen Bergwerks-Zeitung.

Bei den letzten Betriebsrätewahlen im Ruhrbergbau erzielten die Nazis 7933, die Gelben 10 520 Stimmen. Dieses Wahlergebnis wurde nun dem Unternehmerorgan, der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“, freudig begrüßt. Damals, am 3. April 1931, schrieb das erwähnte großindustrielle Blatt folgendes:

„Wenn auch die Stimmenzahl, welche die Nationalsozialisten mit 7933 erreichten, bei weitem nicht die Hoffnung erfüllt hat, die sie auf diese Wahl gesetzt haben, so stellen sich schon diese Ziffern eine weitere Zersplitterung und damit einen Rückgang der bisher dominierenden Gewerkschaften dar.“

Nicht erfreulich ist der Fortschritt der deutschen Arbeiterbewegung (Wirtschaftsrätebewegung), die es von 8835 Stimmen im Vorjahre, trotz des Rückganges der Belegschaften, auf 10 520 Stimmen brachte. Das ist ein beachtenswerter Zuwachs. Wenn man die nationalsozialistischen Stimmen noch dazu rechnet, so wird man nicht umhin können, zu gestehen, daß die nationale Arbeiterbewegung stark auf dem Marsche ist.“

Sehr bemerkenswert sind ferner die Auslassungen der „D. Bergw.-Ztg.“ über den kommunistischen Vormarsch. Mit einer gewissen Schadenfreude und Genugtuung stellte das Unternehmerorgan fest:

„Der Rückgang der Stimmen des alten Verbandes ist aus mehreren Ursachen zu erklären. Einmal hat auch er natürlich unter dem entsprechenden Rückgang der Belegschaftsziffer zu leiden, zum anderen aber hat ihm vor allem die KPD. viele

Stimmen weggenommen. Damit ist der bereits von kommunistischer Seite angekündigte und vor Jahren schon einmal begonnene Prozeß der inneren Aushöhlung der Gewerkschaften und die Zerlegung durch Kommunisten in der Gewerkschaft selbst erneut in Gang gekommen.“

Ob Gewinn der KPD, der Nazis oder Gelben, in jedem Falle stellt demnach die „D. Bergw.-Ztg.“ mit Genugtuung fest, daß die Gewerkschaften im Niedergang und in der Zerlegung begriffen sind. Hier ist der Wunsch wohl Vater des Gedankens!

Das gleiche Organ meinte nämlich in seiner Ausgabe vom 5. Juni 1932 u. a. folgendes:

„Mag die neue Regierung sich halten, mögen neue Regierungen kommen, mögen die Nationalsozialisten daran beteiligt sein oder nicht: Solange die gewerkschaftlichen Irrlehren nicht praktisch ausgeschaltet sind, kann die Wirtschaft nicht gedeihen. Die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften ist innerpolitisch das Problem der Probleme.“

Kameraden! Soll auch in diesem Jahre die Unternehmerpresse jubeln? Haben die Wahlerfolge der Gelben, der Nazis und der KPD. bei den letzten Betriebsrätewahlen eure Lage gebessert? Haben sich inzwischen die Verhältnisse auf den Zechen nicht katastrophal verschlechtert? Laßt euch diese Erfahrungen als Lehre und Warnung dienen. Sorgt dafür, daß die Betriebsrätewahlen ein Ergebnis bringen, das in den Unternehmerorganen nicht gefeiert wird.

Nationalsozialistische Betriebsräte?

Wenn es den Nazis bisher auch nicht gelang, in nennenswertem Maße in den Betrieben Fuß zu fassen, so werden ihre Betriebszellen (NSBD.) auch in diesem Wahlkampf wieder in Erscheinung treten. Daß es den Nazis, genau wie den Kommunisten, dabei weniger um die wirtschaftliche Interessenvertretung der Belegschaft, sondern vor allem um die Stärkung ihres politischen Einflusses in den Betrieben zu tun ist, dürfte allgemein bekannt sein.

Schon im Januar 1931 gab man besondere Richtlinien für die Zellenarbeit heraus. Als Ziel und Zweck der Zellenbauerei wurde darin betont:

„Der Nationalsozialismus muß inmitten des heute tobenden Machtkampfes gerade dort seine Fahnen aufpflanzen, wo der Widerstand des Systems noch am härtesten ist. Da die Betriebe die letzten Bollwerke des Marxismus sind, ist auch hier der Machtkampf unausbleiblich. Der Nationalsozialismus wirbt und kämpft um die Seele der Arbeitnehmer, ja um den einzelnen Arbeiter selbst.“

Diese Äußerungen zeigen ganz eindeutig, daß es den Nazis bzw. der NSBD. nur um eine Verankerung ihrer politischen Macht in den Betrieben zu tun ist. Daß diese Politisierung mit dem Betriebsrätegesetz und dem Sinn der Betriebsrätewahlen nichts zu tun hat, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Derartige parteipolitische Bestrebun-

gen sind nur geeignet, die Bergarbeiter noch mehr zu zersplittern und ihren wirtschaftlichen Befreiungskampf zu hemmen.

In dem gauamtlichen Organ der Nazi-Partei in Essen, der „National-Zeitung“ vom 26. Januar 1932, prophezeite man als Sinn und Zweck der NSBD. übrigens folgendes:

„Das Siegesjahr 1932 wird die nationalsozialistische Betriebsorganisation im ehemals schwarz-roten Kohlenpott auf dem Posten finden. Im Ruhrgebiet wird es bestimmt keinen Streik mehr geben, wenn Adolf Hitler die Macht im Staate ergreift. Es gibt jetzt im Ruhrgebiet kaum ein Kontor, kaum eine Zechen- oder Fabrik, wo nicht die NSBD. wühlt und auflärt.“

Die NSBD. verfolgt demnach keine gewerkschaftlichen Ziele. Nach einer Mitteilung der Reichsleitung der NSBD. soll diese am 1. Oktober 1932 in ganz Deutschland 8600 Betriebszellen und 221 000 Mitglieder gehabt haben.

Die im ADGB. zusammengeschlossenen freien Gewerkschaften verfügen über einen Mitgliederbestand von mehr als 4 Millionen, sind also zwanzigmal so stark wie die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation.

Die Parole der Bergarbeiter bei den Betriebsrätewahlen kann daher nur lauten: **Weder NSBD. noch KPD.**

Alle Stimmen den Kandidaten der freien Gewerkschaften!

Kommunistische Betriebsräte verfassten.

Bei den bisherigen Betriebsratswahlen auf einzelnen Schachtanlagen des Ruhrgebietes haben die Kommunisten im Vergleich zum Vorjahr annähernd 50 Prozent ihrer Stimmen verloren, während unsere Verbandskandidaten beträchtliche Stimmengewinne verzeichnen konnten. Darüber sind die kommunistischen Drahtzieher aus dem Häuschen geraten. In der Januar-Ausgabe der kommunistischen Verbandszeitung wirft man beispielsweise den roten Betriebsräten von Zeche de Wenzel wörtlich folgende „politische“ Fehler vor:

1. Nichtvorhandensein eines wirklichen betrieblichen Kurzes seitens der Schachtgruppe und roten Betriebsräte.
2. Keine Einheitsfrontpolitik.
3. Keine Oppositionsarbeit im BAW. oder christlichen Gewerkeverein.
4. Opportunistisches Zurückweichen vor den betrieblichen Schwierigkeiten.
5. Kein kollektives Zusammenarbeiten der im Betrieb vorhandenen revolutionären Organisationen.

Das Verhalten der roten Betriebsräte in der kommunistischen Hochburg Thyssen 4-8 rügt das Organ des CBWD. in Nr. 2 wie folgt:

Es war ihnen (den roten Betriebsräten, D. Red.) bekannt, daß die Verwaltung für den 1. März 1931 eine Massenentlassung von 1000 Belegschaftsmitgliedern vorbereitet und dadurch einen wohlüberlegten Schlag gegen die Belegschaft

und ihre revolutionäre Führung plante. Der 1. März kam heran, die Verwaltung führte ihren Plan durch und reinigte so ihren Betrieb von einem großen Teil der revolutionären Elemente.

Die Schachtgruppe des CBWD. und die roten Betriebsräte unterschätzten diesen Schlag der Verwaltung gegen die Belegschaft, und da sie keinen Glauben an die Möglichkeit eines erfolgreichen Kampfes gegen Massenentlassung hatten, unterließen sie jede Mobilisierung der Belegschaft und der gesamten Bevölkerung.

Die Verwaltung merkte sehr gut, daß wir uns in der Defensive befinden und holte deshalb zum zweiten Schlage aus. Aus nichtigen Gründen entließ sie die Betriebsräte H., M. und S. irrtlos. Auch diese Tatsache nahmen die Schachtgruppe und die roten Betriebsräte nicht zum Anlaß, die Frage des Kampfes der gesamten Belegschaft zu stellen, da sie ja selbst nicht an einen Erfolg glaubten.

Diese schweren Fehler waren auch die Ursache dafür, daß die Belegschaft im Oktober 1931, als die Unternehmer einen siebenprozentigen Lohnraub durchführten, nicht einig und geschlossen dastand. Zersplittert und gespalten, im Vertrauen zu ihrer Führung erschüttert, beteiligten sich an diesem Kampf von der Morgensicht 45 und von der Mittagsicht nur 25 Prozent der Belegschaft. Deshalb war es der Belegschaft auch möglich, nach frühzeitigem Abbruch des Kampfes 80 CBWD., 1 BAW. und 60 unorganisierte Kameraden zu maßregeln.

Gewerkschaftsarbeit im Urteil der Gegner.

Das schwerindustrielle Sprachorgan, die „Kölnische Ztg.“, charakterisiert in ihrer Nummer vom 23. November 1932 die Arbeit der Gewerkschaften in der Nachkriegszeit folgendermaßen:

„Der Staat, der 1918 auf den Trümmern des Zusammenbruchs errichtet wurde, hatte politisch und wirtschaftlich sozialistische Ziele. Er strebte nach Bergesellschaftung, also nach Verstaatlichung der Produktionsmittel. Der Widerstand, den diese Ziele in großen Volkstreifen fanden, und die Notwendigkeit, auf den gebliebenen Grundlagen der Privatwirtschaft weiterzuarbeiten, zwangen ihn zu einem Kompromiß, ohne daß er zunächst seine Bestrebungen aufgab. Wir erlebten das Zwitterstadium von 1920-30. Die privatwirtschaftlichen Fundamente der Wirtschaft blieben erhalten. Aber man übertrug die Wirtschaft mit einem Netz von staatlichen Reglementierungen und Verordnungen. Ihre Schritte wurden immer mehr gehemmt, dafür übernahm der Staat immer mehr Funktionen der Wirtschaft. Er diktierte die Löhne nicht mehr nach wirtschaftlichen, sondern nach politischen Erwägungen. Er

verordnete politische Preise, er replamentierte alle anderen Arbeitsbedingungen, er baute ein System sozialer Versicherungen aus, das jeden Staatsbürger von der Geburt bis zum Begräbnis erfassen sollte. Er verstaatlichte oder verreguliert die Betriebe und trug seinen unmittelbaren Einfluß in andere hinein. Die freie Initiative des wirtschaftlichen Menschen, die Selbstverantwortung der freien wirtschaftlichen Persönlichkeit wurden systematisch unterdrückt. Ein rigoroses Steuersystem konfiszierte einen immer größeren Teil der noch erzielten Ueberflüsse. Der Finanzminister galt als der vornehmste Sozialist der privaten die Luft weggenommen wurde. Die Ziele dieser Entwürfe entsappten sich in der Praxis als eine Art Utopie sozialer Freigewerkschaftlicher Objektivität. Dieser Vorzug verlor sich unter dem Namen der Wirtschaftsdemokratie.“

Das sind Auslassungen kapitalistischer Kreise, die das Gegenteil von dem bedeuten, was die Gewerkschaftsgegner im Arbeitnehmerlager, insbesondere die Kommunisten, jahrelang predigten.

Wie stark ist die KPD?

Wenn man die endlosen kommunistischen Streikparolen in den letzten Jahren verfolgt, könnte man den Eindruck gewinnen, die KPD. verfüge über eine ungeheure Macht. In Wirklichkeit ist das nicht der Fall. Die zahllosen Streikparolen, die die Kommunisten bisher am laufenden Band produzierten, sind nur der Ausdruck einer großen organisatorischen Schwäche.

So wurde auf einem der letzten Bezirksparteitage der KPD. in Berlin die Stärke der KPD. bekannt gegeben. Danach verfügt die KPD. in den einzelnen Berufen über folgende Mitgliederziffern:

Metall	78 000
Bau	42 000
Gemeinde, Verkehr, Hafen, Wasser	42 000
Post und Staat	6 500
Chemie	8 000
Holz	12 000
Textil	10 800
Graphit	6 500
Eisenbahn	15 000
Nahrungs- und Genussmittel	17 200
Leder	2 500
Handel	16 700
Banken	2 800
Film, Bäume, Musik	3 500
Bergbau	4 500
Land	4 500

Angesichts dieser organisatorischen Pleite wird man an das bekannte Sprichwort erinnert: Viel Geschrei und wenig Wolle. Den diese Mitgliederziffern sehen, wie einleitend erwähnt, in einem schreienden Mißverhältnis zu den unzähligen Streikparolen, wie sie von den Kommunisten immer wieder herausgegeben worden sind.

Kameraden, gebt deshalb bei den Betriebsrätewahlen den kommunistischen Agitatoren die notwendige Antwort!

Die Bilanz der Leipziger Messe.

Man sah der diesjährigen Frühjahrsmesse mit einigem Bedenken entgegen. Die politische Unruhe, das gleichzeitige Zusammenfallen der Messe mit den Parlamentswahlen und andere Umstände ließen auf ein schlechtes Geschäft schließen. Der Verlauf der Messe hat gezeigt, daß die Befürchtungen zum Teil unbegründet waren. Die Zahl der Aussteller war geringer als die im Vorjahre. Im übrigen war ein guter Besuch der Messe zu verzeichnen. Das Inlandsgeschäft als Ganzes genommen, blieb infolge der augenblicklichen Kaufkraftzerstörung durch Arbeitslosigkeit usw. stark zurückhaltend. Jedoch bestand in fast allen Branchen der Mustermesse, besonders im lebensnotwendigen Bedarf, sehr großes Interesse. Es wurden Verbindungen angeknüpft, die sich mit besserer Wirtschaftslage praktisch auswirken werden. Die Einkäufer tätigten ihre Abschlüsse hauptsächlich in billigeren Erzeugnissen, wenn auch ein lebhaftes Interesse für bessere Qualitäten in mittlerer Preislage vorhanden war. Bezüglich der Ausflüchten für die Preisgestaltung konnte man in Leipzig feststellen, daß niemand mehr an weitere Preisrückgänge glaubt. Im Gegenteil sieht man starke Hoffnungen auf ein Anziehen der Preise. Die diesjährige Messe zeigte Neubeiten, die durch ihre Preiswürdigkeit und praktische Verwendbarkeit bestanden. Die technische Messe war gut besucht, die ausstellenden Firmen zeigten wahre Triumphe der Technik. So ist bezüglich des Inlandsgeschäfts von vielen Branchen ein besseres Ergebnis erzielt worden, als erwartet wurde. Als befriedigend wird das Auslandsgeschäft bezeichnet. Rund 15 000 ausländische Einkäufer haben die Frühjahrsmesse besucht. Das Ausland kaufte weniger billige Erzeugnisse, als Fertigwaren in mittlerer Preislage. Nennenswerte Abschlüsse kamen zustande in Maschinen, Werkzeugen und technischem Bedarf aller Art. Mehrere Branchen können mit den Erfolgen der Messe zufrieden sein.

Ergebnisse der Kommunalwahlen.

In Preußen wurden am 12. März gemäß der Verfügung alle Gemeindeparlamente neu gewählt. Die Wahlbeteiligung war durchweg erheblich schwächer als am 5. März. In Berlin wurden allein 400 000 Stimmen weniger abgegeben als zur Reichstagswahl. Die Wahlbeteiligung war besonders schwach in den proletarischen Bezirken. Die Kommunisten haben erheblich an Stimmen verloren, während sich die SPD. trotz des Fehlens der Presse gut gehalten hat. Die Nationalsozialisten haben auch Stimmen verloren, jedoch im Verhältnis gewonnen. In folgenden Städten erhielt die NSDAP. die absolute Mehrheit: Breslau, Elbing, Frankfurt a. O., Sameln, Jüterburg, Königsberg, Stettin, Tilsit und Wiesbaden. NSDAP. und Schwarz-Weiß-Rot verfügten über die Mehrheit u. a. in folgenden Städten: Berlin, Utona, Beuthen, Brandenburg a. d. S., Erfurt, Frankfurt a. M., Gladbach-Mehdt, Gleiwitz, Görtz, Halle, Hannover, Herfurt, Kassel, Kiel, Koblenz, Liegnitz, Magdeburg, Potsdam, Remscheid, Siegen und Wuppertal. Keine Regierungsmehrheit besteht in mehreren Großstädten katholischer Bezenden. So u. a. in Aachen, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg-Hamborn, Essen, Hagen, Hamm, Herne, Köln, Münster, Neuß, Neuwied, Oberhausen, Osnabrück, Recklinghausen, Trier, Wanne-Eickel und Wattencheid. In den meisten Provinzialparlamenten besteht eine Regierungsmehrheit. Der preußische Staatsrat erfährt ebenfalls eine entsprechende Befestigung. Die parlamentarische Regierungsmacht wird dadurch noch verfestigt.

Vorkapitalistische Tauschwirtschaft.

Im Osten Berlins hat sich eine Interessengemeinschaft von Kaufleuten gebildet, die ihre Ware gegen andere Ware abgibt. So z. B. bekommt der Schuhmacher für ein paar Sohlen drei Pfund Fleisch. Der Schneider liefert dem Kolonialwarenhändler einen Anzug und kann dafür eine Zeitung Waren ohne Bezahlung beziehen. Wenn man derartiges hört, dann sollte man nicht glauben, daß wir im Zeitalter des Hochkapitalismus leben. In der kapitalistischen Wirtschaft lautet die Formel Ware — Geld — Ware. Die Wirtschaftskrise hat uns teilweise wieder in die vorkapitalistische Tauschwirtschaft zurückgeführt.

Kameraden!

Gebt diese Zeitung auch den Unorganisierten. Klärt die Fernstehenden auf. Werbt für den Verband!

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Abzugspreis durch Boten vierteljährlich 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3 ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. ♦ Druckkosten ausgeschlossen. ♦ Postfachkonto Hannover Nr. 57813 ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Bochum, Viktoriastraße 46 ♦ Tel.-Nr. 60821 ♦ Telegr.-Adr.: Allverband Bochum

Um die Zukunft der Gewerkschaften.

Mit der politischen Umgruppierung und Machtverschiebung ist auch die Frage nach dem zukünftigen sozialen Zusammenwirken der deutschen Wirtschaftsgesellschaft akut geworden. Bisher war es so, daß alle sozialwirtschaftlichen und sozialrechtlichen Fragen, soweit sie nicht durch Gesetz ihre Klärung gefunden hatten, in freiem Wettstreit zwischen den beiden großen sozialen Interessengruppen — den Arbeitgebern und Arbeitnehmern — gelöst werden mußten. Als streitende Parteien traten hierbei auf die Arbeitgeberorganisationen auf der einen und die Arbeitnehmerorganisationen auf der anderen Seite oder, anders ausgedrückt: Die Unternehmer und Arbeitergewerkschaften.

In der Diskussion um die Zukunft der Gewerkschaften ist es notwendig, auf diese Gleichhaltung von Unternehmerverbänden und Arbeitergewerkschaften hinzuweisen. Jede Diskussion um die Zukunft der Gewerkschaften im Hinblick auf die Lösung der sozialen Frage ist ungerecht-einseitig, um nicht zu sagen unehrlich, wenn sie nur geführt wird in der Absicht einer Vereinträchtigung der Rechte und Freiheiten der Arbeitergewerkschaften, ohne ungeschmälert gleiche Vereinträchtigung für die Unternehmerverbände zu fordern. Wir möchten das in aller Deutlichkeit besonders jenen heutigen gesagt haben, die heute sowohl über die Gewerkschaftsfrage gerade in der großen Unternehmerpresse glauben schreiben zu dürfen und schreiben zu sollen. Viele heute im Unternehmerlager meinen die neue Situation so auszulegen, daß nun der organisierten Arbeiterpolitik, besonders den Gewerkschaften, der Gehalts gemacht werden soll und wird, damit endlich die Wirtschaft „frei“ werde und die Unternehmerverbände in ihrer von ihren Interessen geleiteten Beeinflussung der Staatspolitik und der von dieser zu regelnden Sozialordnung nicht mehr behindert würden.

Wir wissen noch nicht, wie die neue Regierung zu solcher Auffassung steht. Wohl aber wissen wir das eine, daß eine auf solcher Unternehmerrückbildung aufgebaute neue Sozialordnung auf gefährlichem Boden stünde. Darüber muß man sich nämlich klar sein, daß die bisherigen sozialwirtschaftlichen und sozialrechtlichen Kämpfe zwischen Unternehmerverbänden und Arbeitergewerkschaften nicht etwa deshalb ausgetragen werden mußten, weil es für einen großen Teil der Arbeiterschaft eine Theorie des Klassenkampfes gab, sondern aus dem ganz einfachen Grunde, weil dieser Kampf Wesensbestandteil unseres heutigen Wirtschaftssystems ist. Wäre dem nicht so, dann wäre ja der Bestand sogenannter nationaler Arbeiterorganisationen völlig sinnlos und der Bestand sogenannter gelber Gewerkschaften gar nur widerliche Heuschrecke.

Zur Lösung stünde deshalb auch für die Zukunft nur die Frage nach der gesündesten und volkswirtschaftlich vorteilhaftesten Kampfform. Verneint werden muß die Frage nach der Notwendigkeit einer anderen Organisationsform!

Die heutigen Organisationsformen sowohl auf Unternehmense- als auch auf Arbeiterseite sind das natürliche Entwicklungsprodukt und die natürliche Anpassung an die realen Kampfbedingungen unseres heutigen Wirtschaftssystems. Auch hierfür darf man Beweise angeführt werden, daß weder von sogenannten nationalen Gruppen noch von Führern der Gelbenbewegung eigene andere Formen des organisierten Zusammenstehens und Zusammenwirkens geschaffen werden konnten. Das einzige, was zwischen allen in der Form sich völlig gleichen Gruppen an Unterschied besteht, ist die verschiedenartige Auffassung über die Zweckmäßigkeit oder Angewandtheit einzelner sozialwirtschaftlicher oder sozialrechtlicher Maßnahmen. Die Notwendigkeit, in getrennter Zusammenfassung an der Gestaltung der zweckmäßigsten Sozialordnung wirken zu müssen, erkennen aber alle an, vielleicht mit Ausnahme der Gelbenführung, keinesfalls aber ihrer Mitföhren nicht bewußt sind.

Aus all dem Folgenden ergibt sich dann weiter, daß wenn die heutigen Gewerkschaftsformen natürliches Wachstum darstellen und natürliches Entwicklungsprodukt sind in Anpassung an das bestehende Wirtschaftssystem und die Besonderheit des darauf basierenden öffentlich-rechtlichen und sozialwirtschaftlichen Zusammenwirkens unseres Volkes, daß dann jeder willensmäßig bestimmte politische Eingriff in die heutige Eigenständigkeit der Gewerkschaften und jede auf rein staatspolitischer Auffassung beruhende willkürliche einseitige Umformung der Gewerkschaften, von den Betroffenen, also von der Arbeiterschaft, sehr bald als eine unerbittliche und ungerechte Vergeßlichkeit empfunden werden würde, wenn nicht gleichzeitig damit auch ein gleich weitreichender Eingriff in das bestehende Wirtschaftssystem, besonders den auf dem heutigen System beruhenden Wirtschaftsmechanismus als Funktion freier Wirtschaftstätigkeit, gemacht würde.

Auf diese Tatsache möchten wir besonders deshalb hinweisen, weil die heutige Regierung wohl sehr leicht sich einig finden könnte in der Absicht einer Umorganisation und Ueberleitung der Gewerkschaften aus ihrem heutigen freien Funktionsverhältnis in ein gewisses staatsverwaltendes, niemals aber in dem Willen, unseren heutigen Wirtschaftsmechanismus als Funktion freier Wirtschaftstätigkeit, dem Zugriff- und Verfügungsrecht der jeweiligen politischen Herrschaftsgruppe unterzuordnen. Wir halten die Kreise, denen dieser Hinweis Unlaß zum Nachdenken sein soll, für politisch zu klug, um anzunehmen, daß sie trotzdem, wenn nicht ganze Maßnahmen möglich sind, auch schon halbe Maßnahmen durchführen, ganz gleich, wie sie von den Betroffenen im Lande aufgenommen werden.

Unsere Auffassung ist deshalb, daß auch die heutige Regierung im Interesse eines gesunden Sozialverhältnisses und, um zu vermeiden, daß sich gerade das schaffende Volk im sozialen Zusammenwirken einseitig beengt fühlt, an dem Bestand und der Selbstständigkeit der heutigen Gewerkschaftsbewegung nichts ändern sollte. Inwieweit die Frage des Rechtsverhältnisses 1. der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen zueinander, 2. der Gewerkschaften zu den Unternehmerverbänden, 3. des Staates (als Aufsichtorgan über allem sozialen Zusammenwirken) zu den sozialen Kämpfen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, 4. der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen zu und in den sozialwirtschaftlichen und sozialrechtlichen Institutionen, eine andere Lösung finden könnte und soll, wollen wir für heute nicht erörtern.

Wir wollten nur grundsätzlich darlegen, daß gerade die Pflege vollkommener Eigenart für uns Deutsche gebietet, was ja auch Herr Vizelandesrat von Paben in Breslau zum Ausdruck brachte, nicht das, was die deutsche Arbeiterschaft in geländer Selbstverwaltung aufgebaut hat, zu zerbrechen. Die deutschen Gewerkschaften in ihrer heutigen Form und ihrer Selbstständigkeit sind das Urständigste, was die deutsche Arbeiterschaft aus eigener Aufbaubarbeit

Lohn- und Manteltarif im Ruhrbergbau verlängert.

Wie wir bei Diebstahlschluß erfahren, haben die Tarifparteien für den Ruhrbergbau eine Vereinbarung getroffen, wonach die bisher geltende Lohnordnung um ein halbes Jahr verlängert wird. Der Manteltarif ist um ein Jahr verlängert, mit der Maßgabe, daß die bisherige Kürzung der Urlaubvergütung auch für das Urlaubsjahr 1933/34 bestehen bleibt.

gezeugt hat. Solange sie in freier Ueberzeugung daran festhält, wäre eine willkürliche Verstärkung des unklügsten, was eine auf Eroberung dieser wertvollen Kräfte der schaffenden Volksschichten gerichtete Politik tun könnte.

Staat ohne Wirtschaft.

Die staatspolitische Umwälzung gibt verschiedenen Wirtschaftsmächten, großen und kleinen, Anlaß, ihre Ansprüche bei der neuen Staatsführung anzumelden. Woran freilich die Schwerindustrie, deren repräsentativer Vertreter, der Langnamverein, erst kürzlich seine Ansichten der Öffentlichkeit unterbreitete. Im Mittelpunkt seiner Kundgebung stand ein Referat des bekannten Staatsrechtlers Professor Karl Schmitt. Die große Begeisterung, mit der dessen Referat aufgenommen wurde, zeugt dafür, daß er seinen Zuhörern aus dem Herzen sprach.

Zwei Gedanken wurden im Referat Professor Schmitts in eine Einheit verbunden: Die Forderung nach einem autoritären Staat, der also machtvoll und unabhängig von demokratischen Einflüssen und Parlamenten das Geschick des Staates nach außen und nach innen lenke, und gleichzeitig die Forderung, daß dieser autoritäre Staat sich um die Wirtschaft so wenig wie möglich kümmere, diese dem freien Spiel der Kräfte bzw. der schöpferischen Initiative der privaten Wirtschaft überlasse.

Man wird solcher Auffassung oder solchen Forderungen, die hier ausgedrückt wurden, weniger dadurch gerecht, daß man versucht, Begriffe wie autoritärer Staat und Liberalismus, der hier in der Forderung nach Wirtschaftsfreiheit vertreten wird, ideengeschichtlich oder dogmengeschichtlich zu untersuchen, um dann etwa zum Ergebnis zu kommen, daß diese Begriffe: autoritärer Staat und Liberalismus, unvereinbare Gegensätze sind. Das von ständigen Kämpfen ausgefüllte Dasein des Staates und der Wirtschaft kümmert sich wenig um Begriffe, es geht Verbindungen ein oder löst vorhandene Bindungen, ohne sich viel darum zu kümmern, in welches Schema sie passen und überläßt es den Wissenschaftlern, das Gewordene mit Begriffen zu belegen, bzw. ihnen neue Namen zu geben.

Dem Verständnis jener Fragen wird viel eher gebient, wenn man, statt sich viel um Begriffe zu kümmern, dem Langnamverein und Herrn Professor Schmitt schlicht und einfach die Frage stellt: Bitte, meine Herren, sagen Sie uns, auf welche Weise stellen Sie sich

die Ausschaltung des Staates aus der Wirtschaft vor? Gestatten Sie uns, zunächst einige Fragen an Sie zu richten!

Haben Sie etwa die Absicht, auf Zölle zu verzichten? Zölle für die eigene Produktion oder darüber hinaus auch auf andere Zölle, z. B. zugunsten der Landwirtschaft? Der Zoll und was damit zusammenhängt, Handelsverträge, Kontingente, Einfuhrverbote, Einfuhrmonopole, Verwendungszwang usw. sind, das brauchen wir Ihnen nicht erst zu sagen, mächtige Eingriffe des Staates in die Wirtschaft, in Wirtschaft sind sie Subventionen zugunsten der einen und der anderen Produzentenklasse.

Wollen Sie auch auf andere Formen von staatlichen Subventionen, die Sie bisher so stark begehrten, verzichten? Auf die mannigfaltigen Unterstühtungen für notleidende Produktionszweige und Unternehmungen einschl. der Unterstühtung der Landwirtschaft und des Bankgewerbes, auf Bestimmungen, die nur durch staatliche Unterstühtung in irgendeiner Form, z. B. durch Exportgarantien, Zinszuschüsse usw., möglich sind?

Diese Fragen zu stellen, heißt wohl, sie zu verneinen. Man kann aber einen Schritt weitergehen und zeigen, daß auch solche Gebiete, die für den ersten Blick als ausschließlicher Machtbereich der privaten Wirtschaft angesehen werden oder aber von der Wirtschaft völlig getrennt erscheinen, in Wirklichkeit die engste Verbindung zwischen Staat und Wirtschaft darstellen.

Nehmen wir das Kreditwesen. Selbst die, welche gegen Kreditkontrolle oder gar Sozialisierung des Bankwesens sind und die öffentlichen Banken bekämpfen, werden nicht umhin können, anzuerkennen, daß das moderne Kreditwesen sowohl nach außen währungsrechtlich wie nach innen konjunkturpolitisch aufs engste von der Haltung der Notenbank, die zweifellos ein staatliches Organ ist (selbst wenn ihre Aktien sich in privatem Besitz befinden), abhängig ist. Die Reichsbankkredite ermöglichen überhaupt erst

die Ueberwindung der Kreditkrise, und auch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm wie auch sonst die Befriedigung der staatlichen Bedürfnisse ist ohne die Mitwirkung der Reichsbank heute nicht möglich. Durch diese beherrschende Rolle der Reichsbank wurde mit dem wirtschaftlichen Liberalismus im Kreditwesen gründlich aufgeräumt.

Ober aber betrachten wir die Steuerpolitik. Wäre es nicht eine arge Selbsttäuschung, würde man behaupten, daß Steuerpolitik nicht auch gleichzeitig staatliche Wirtschaftspolitik ist. Längst sind die Reiten vorbei, und sie können nicht zurückkommen, als noch Steuerpolitik als die finanztechnische Auswahlmethode der ergiebigsten Steuerarten aufgefaßt werden konnte. Daß die Steuerpolitik auch nicht etwa dem Prinzip der Steuergerechtigkeit huldigt, aus dem Grundsatze heraus, daß jeder Staatsbürger nach seiner Steuerkraft Steuern leisten muß, ist ebenso sicher. Bei der gewaltigen Zunahme der Staatsausgaben und der dadurch bedingten Notwendigkeit, einen großen Anteil des Volkseinkommens über die Kanäle der Staatskassen zu leiten, greift die Steuerpolitik tief in die Wirtschaft ein, und sie muß es auch tun. Durch die Steuerpolitik erfolgt ebenso wie durch die Zollpolitik jeweils eine Neuverteilung des Volkseinkommens. Freilich fordert der Langnamverein und fordern andere Unternehmerorganisationen die Ermäßigung ihrer Steuerlasten. Es wäre aber recht einseitig, Wünsche nach Steuerermäßigung mit dem Prinzip der Ausschaltung des Staates aus der Wirtschaft gleichzusetzen. Sie verlangen eben nur eine andere Verteilung des Volkseinkommens, als sie bisher vorhanden war.

Dann richtet sich der Kampf gegen die wirtschaftliche Betätigung des Staates,

gegen die öffentlichen Betriebe. Auch da möchten sich die Verfechter des neuen Liberalismus ihre Sache allzu leicht machen. Denn die wichtigsten öffentlichen Betriebe sind keine Konkurrenzbetriebe, sondern Monopolbetriebe, wie in der Verkehrswirtschaft, Gas- und Wasserversorgung bzw. soweit sie Konkurrenzbetriebe sind, stehen sie in Konkurrenz nicht mit freien, sondern mit monopolistisch beherrschten privaten Unternehmungen, wie z. B. im Bergbau, in der Metallindustrie, in der Elektrizitätswirtschaft. Monopolpreise haben jedoch mit jenem wirtschaftlichen Liberalismus, der im Namen der Wirtschaftsfreiheit auftritt, nichts gemein, da die Monopolpreise sich nicht aus dem freien Spiel der Kräfte ergeben, auf die sich dieser Liberalismus beruft. Deshalb dürfte der Staat, wenn er Ernst mit der Forderung der Wirtschaftsfreiheit machen würde, auf die Kontrolle dieser Monopole, die gegenwärtig von der öffentlichen Wirtschaft verwaltet werden, nicht verzichten, ja darüber hinaus müßte er gerade im Namen der Wirtschaftsfreiheit eine wirkliche Monopolkontrolle auch auf solche private Unternehmungen erstrecken, die heute in monopolistischen Trusts und Kartellen vereint sind.

So zerflattert bald selbst im Lichte einer flüchtigen Unterstühtung jene Ideologie von der Wirtschaftsfreiheit im autoritären Staat. Was übrig bleibt, ist allerdings schwerwiegend genug. Denn es bleibt eben das übrig, was in Wirklichkeit unausgesprochen im Hintergrunde steht, wenn diese Kreise die Freiheit der Wirtschaft vom Staat fordern. Alle bisher genossenen wirtschaftlichen Vorteile möchten sie vom Staat weiter erhalten, darüber hinaus möchten sie auf bestimmten Gebieten, wo ihnen bisher Beschränkungen drohten, oder wo sie bisher in ihrer Machtentfaltung beschränkt waren, freie Hand bekommen. Es handelt sich dabei vor allem um die wichtigsten Gebiete: um die Sozialpolitik und die Lohnpolitik. Um Soziallasten los zu werden und Steuerermäßigungen zu erlangen, möchten sie gern den Abbau der sozialpolitischen Aufwendungen, und aus ähnlichen Gründen den Abbau der Löhne. Wird also die Forderung „Wirtschaftsfreiheit im autoritären Staat“ ihrer ideologischen Hülle entkleidet und auf ihren wirklichen Gehalt zurückgeführt, so erscheinen die Fragen, die sich dahinter verbergen, in einem anderen, viel schärferen Lichte. U. S.

Was taten die Bergarbeiter für Deutschland?

Bergeffene Notzeiten. — Die Bergarbeiter als Ketter und Diener der Nation.

Unser unbergföhrlicher Verbandsföhrer und selber zu fröh verstorbene Kamerad Otto S u e weist in seinem Standardwert über die Bergarbeitergeschichte nach, daß an der Wiege der Menschheitskultur der Bergmann stand. An Hand zahlreicher Beweise zeigt S u e, daß die Bergarbeiter als nützliche Werteschaffer im wahren Sinne des Wortes verdienstvolle Kulturpioniere seien. Was für die Bergarbeiter und ihren Beruf vor Jahrtausenden galt, trifft heute in erhöhtem Maße zu. Mehr noch als früher ist der Bergbau heute lebenswichtiger Zweig der Wirtschaft, insbesondere der deutschen Wirtschaft. Was wäre Deutschland ohne seine zahlreichen Bodenschätze, was wäre die deutsche Industrie- und Wirtschaft ohne die vielseitigen Werte bergmännischer Arbeit?

Wir speisen sie alle mit nährendender Wärme:
Den pflichtigen Lobh in atlantischen Meer:
Die erdenumkreisenden Eisenzug-Schwäre:
Der Straßenlaternen weitflimmerndes Meer:
Der ragenden Hochöfen glühende Wärme:
Wir nähren sie alle mit Lebensblut-Wärme!

Wir wachen, wir hachen,
Mit hangendem Nacken,
Im wachsenden Schacht
Bei Tage, bei Nacht —

Wir können mit unseren schwieligen Händen
Die Lichter erlösen, die Brände der Welt!
Doch — hocken wir fort in den drückenden Wänden:
Wir klopfen und bohren und klopfen für Geld —
Doch hocken wir fort in den drückenden Wänden:

Und wachen wir hachen,
Mit hangendem Nacken,
Im wachsenden Schacht
Bei Tage, bei Nacht —

Wir hocken und hocken durch Wochen und Jahre,
Wir fahren Lichtauf — mit „Glückauf“ dann hinaus —
Wir hocken und hocken von Wochen — zur Wache —
Und mancher schürft unten sein eigenes Grab —
Wir hocken, wir hocken durch Wochen und Jahre.

Und wachen und hachen,
Mit hangendem Nacken,
Im wachsenden Schacht
Bei Tage, bei Nacht —

So preist der deutsche Arbeiterdichter und Kriegesgefallene
Serrit S a g e l l e die Arbeit der Bergleute.

Aber es kommt uns hier nicht darauf an, die grundsätzliche Bedeutung der bergmännischen Tätigkeit aufzuzeigen. Es ist nicht unsere Absicht, groß und breit darauf hinzuweisen, wie schwer, gefährlich und lebenswichtig der Bergmannsberuf an sich ist und welche Opfer die Bergarbeiter durch die Ausübung ihres Berufes ständig bringen. Wir möchten vielmehr noch einmal daran erinnern, welche freiwilligen Opfer die deutschen Bergarbeiter in der Nachkriegszeit im Interesse des Volksganzen brachten.

Wir möchten besonders auch daran erinnern, wie oft gerade die frei organisierten Bergarbeiter ihre Berufsinteressen hinter das Volkswohl stellten. Wir möchten noch einmal darlegen, wie gerade die Bergarbeiter und ihre Organisationen, wie sich die ärmsten Söhne Deutschlands als die getreuesten Söhne der bedrängten Nation erwiesen. Berufsegoistische Lohnhubelei liegt uns dabei fern. Wir wollen nur einige Tatsachen sprechen lassen.

Bei Kriegsende.

Als im November 1918 das alte Kaiserreich zusammenbrach, als der Aufbruch durch das Land tobte, als der Entscheidungslampf zwischen den alten und neuen Mächten seinen Höhepunkt erreichte, als die extremen Parteilager mit Generalstreikparolen die Bergwerke stilllegten und das Chaos steigern wollten, erließ der Vorstand unseres Verbandes einen Aufruf, dessen Kernstück u. a. wie folgt lautete:

An die Bergarbeiter!

Kameraden! Besonders wichtig ist es, unsere Verkehrsbefürchtigungen, unsere Wasser-, Kraft- und Lichtwerke in vollem Gange zu halten! Wenn unser Eisenbahnverkehr, unsere Straßenbahnen, die Lebensmittelfabriken usw. außer Betrieb kämen, dann käme die Lebensmittelfuhr zum Stillliegen, und die Folge wäre eine furchtbare Hungersnot in den dichtbevölkerten Industriebezirken und Großstädten. Vor diesem unabsehbaren Unglück muß unser Volk unter allen Umständen behütet werden!

Bergarbeiter! Darum richten wir nun an euch alle die dringende Bitte: Haltet die Arbeit in den Betrieben, haltet die Ruhe in den Industriegebieten unter allen Umständen aufrecht! Wir müssen jetzt dafür sorgen, daß stets genügend Kohlen für den Betrieb unserer Eisenbahnen, Straßenbahnen, Lebensmittelfabriken usw. vorhanden sind, damit dem arbeitenden Volke weiterer Nahrungsmittel zugeführt werden können. Denkt aber auch daran, daß der harte Winter vor der Tür steht und nun viele Millionen unserer Volksgenossen der Hausbrandöfen bringen bedürfen. Denkt daran, Bergleute! Laßt eure Volksgenossen in dieser schweren Zeit nicht im Stich. Indem wir die Kohlenförderung aufrecht erhalten, sorgen wir mit dafür, daß Lebensmittel herantransportiert werden können und das unterernährte Volk nicht auch noch schußlos der Winterkälte ausgesetzt wird.

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Wenige Tage später, Ende November 1918, brachte das Organ unseres Verbandes einen zweiten Aufruf. Auch dieser Aufruf ist ein erschütternder Beweis dafür, daß die Bergarbeiter und ihre Organisationsvertreter inmitten der Revolutionszeit keine wichtigere Aufgabe kannten, als dem deutschen Volke seine wirtschaftliche Lebensgrundlage zu erhalten. Genau wie während des Krieges, wo es ums Ganze ging, so wollten auch die organisierten Bergarbeiter in der Zeit revolutionärer Gärung einen wirtschaftlichen Bürgerkrieg statt Revolution, wollten sie Aufbruch und Fortschritt. Nachstehender Aufruf aus der Bergarbeiter-Zeitung vom 30. November 1918 beweist das:

„Helft dem notleidenden Volke!“

Bergleute! Kameraden!

Die harten Waffenstillstandsbedingungen werden nicht gemildert. Die erbetene Milderung ist abgelehnt. Wir können die furchtbaren Waffenstillstandsbedingungen aber nur erfüllen, wenn vor allen Dingen unser Transportwesen (Eisenbahnen usw.) in ungehinderter Gänge bleibt. Kommt unser Verkehrswesen zum Stillliegen, dann ist es auch zu Ende mit der Lebensmittelfuhr und gerade die Massen in den Industriegebieten verfallen einer gräßlichen Hungersnot!

Die Hunderttausende zur Entlassung kommende Soldaten müssen nun schnell Beschäftigung, Lohn und Brot haben. Unsere Eisen- und Stahlwerke, Textilfabriken, chemische Fabriken usw. sind dabei, sich rasch auf Friedensarbeit umzustellen und sind bereit, alle ihre früheren Arbeiter und Angestellten, die Kriegsdienste verrichteten, wieder anzustellen. Aber alle diese Industrien können nicht arbeiten, wenn sie keine Betriebsmaterialien, vor allen Dingen, wenn sie keine Kohlen haben!

Die Gas- und Elektrizitätswerke leiden schon unter der Kohlennot. Wird sie nicht befreit, dann erlischt die Straßenbeleuchtung, die Straßenbahnen liegen still, auch viele Millionen Haushaltungen sind ganz ohne Licht und Kochgas. Unser ganzes Wirtschaftsgetriebe kommt zum Stillstand.

Zum Unglück für die Armen hat der Frost eingesetzt, früher als sonst. Aus allen Teilen des Landes kommen schon Hilferufe der Bevölkerung, die in kalten Wohnungen hausen müssen, und die Kälte nimmt zu. Unser armes Volk geht in Hunger und Kälte zugrunde, wenn ihm nicht geholfen wird!

Bergleute! Von euch erwartet das Volk brüderliche Hilfe in dieser Not! Wenn der Bergbau in dieser Schicksalsstunde unseres Volkes nicht voll im Betrieb gehalten wird, dann bricht ein schreckliches Unglück über uns herein! Sind nicht ausreichend Kohlen für unsere Eisenbahnen, Gas- und

Elektrizitätswerke, Mühlen, Brotfabriken, für die jetzt ungenutzten Fabriken vorhanden, dann kommt es zu einer Katastrophe, zu einem verheerenden Durcheinander, und die feindlichen Heere ergreifen die bittariische Gewalt über uns! Mit unserer jungen Freiheit ist es dann vorbei. Wir kommen so aber auch nicht zum Weltfrieden, denn die feindlichen Regierungsvertreter haben bereits erklärt, sie schließen nur Frieden mit Deutschland und liefern uns nur Nahrungsmittel, wenn die innere Ordnung bei uns aufrechterhalten bleibt.

Wir appellieren an unsere alten gewerkschaftlich geschulten Verbändler, damit sie auf die noch ungeschulten entschledenen dahin einwirken, daß die Betriebe in dieser ungeheuer kritischen Zeit dauernd im Gang bleiben. Die Arbeitsverhältnisse können nur durch die Organisationen einheitlich geregelt werden! Das ist der gewerkschaftliche Standpunkt, den wir unbedingt festhalten müssen, wenn wir kein wirres Durcheinander haben wollen!

Bergleute! Helft brüderlich eurem Volke, das sich in schwerer Not befindet, damit es vor Hunger, Kälte und feindlichem Einmarsch beschützt ist. Das arbeitende Volk in Deutschland hat uns oft geholfen, wenn die Bergarbeiter um ihre Rechte gegen das Kapital kämpften. Jetzt erwartet das notleidende Volk, daß die Bergleute ihm helfen, die schwerste Lebenszeit zu überleben. Einer für alle, alle für einen!

Das „Novemberverbrechen“ der organisierten Bergarbeiter, insbesondere das unserer Verbandsmitglieder und Funktionäre, bestand demnach darin, sich mit allen Kräften für den wirtschaftlichen Wiederaufbau eingesetzt zu haben. „Helft brüderlich eurem Volke.“ Das war die Devise der freigewerkschaftlichen Bergarbeiter und ihrer Führer, inmitten einer Zeit revolutionären Geschehens, wie es Deutschland bis dahin noch nicht erlebt hatte. In der Folgezeit erlangte diese uneigennütige und soziale Parole wiederholt Geltung.

Soll der Spartakusterror triumphieren?

Die revolutionäre Arie war mit dem Abschluß des Jahres 1918 nicht beendet. Schreckliche Elemente, durch die revolutionären Wogen emporgehoben, versuchten auch im Jahre 1919, durch eine gewissenlose Heze und Mühsal, das Durcheinander in Deutschland zu vergrößern. Angesichts der furchtbaren Notlage, in der sich damals das deutsche Volk, insbesondere die Bergarbeiter befand, fanden die Spartakisten mit ihren kändigen Generalstreikparolen auch teilweise Gehör. In welcher Form sich die frei organisierten Bergarbeiter gegen diese volksgefährdenden Treibereien zur Wehr setzten, zeigt ein kleiner Auschnitt aus unserem Verbandsorgan vom 1. März 1919. Dort heißt es:

Am 16. Februar hat eine spartakistische Konferenz in Wittenberg (Ruhr) den Generalstreik im gesamten rheinisch-westfälischen Industriegebiet beschlossen.

Im Anschluß an diese Meldung schrieb unser Verbandsorgan:

Den Generalstreik der Bergarbeiter können nur die Bergarbeiter durch ihre Organisationen beschließen, und wie diese darüber denken, zeigt folgender Aufruf der Bergarbeiterverbände vom 17. Februar 1919:

„An die Bergarbeiter! Kameraden! Unverantwortliche spartakistische Elemente versuchen es, euch zu wilden Arbeitseinstellungen, zum Generalstreik zu zwingen. Unser ganzes wirtschaftliches Leben, welches ohnehin vor dem Zusammenbruch steht, würde durch einen solchen Streik vollends zertrümmert und unermessliche Not, Hunger und Elend für die Arbeiterschaft und die übrige Bevölkerung die Folge sein. Aus diesem Grunde fordern euch die unterzeichneten Bergarbeiterverbände auf, überall entschlossen und entschieden gegen das Vorgehen der Spartakisten Stellung zu nehmen. Die

Regierung ersuchen wir im Auftrage des überwiegenden Großteils der Belegschaften dringend, unverzüglich die geeigneten Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung treffen und dafür zu sorgen, daß die Bergarbeiter ungehindert ihre Arbeit nachgehen können.“

Als die Spartakisten ihr Treiben fortsetzten, als die Belegschaften erliefen und das deutsche Volk hart an einem Abgrund stand, erließen die vier Bergarbeiterverbände Mitte April einen Aufruf, der ein weiterer Beleg für die gewerkschaftliche Haltung während der Revolutionszeit ist. In diesem Aufruf heißt es u. a.:

„Bergarbeiter des Ruhr-Rebells!“

Kameraden! Laßt die Belegschaften nicht erlaufen, denn unendliche Not und großes Elend würdet ihr für euch, eure Frauen und Kinder, sowie für das ganze Volk heraufbeschwören.

Nicht wahrhaftigen Volkstümern, die den Umsturz wollen, die ihr folgen, sondern als vernünftige Kameraden und Familienväter müßt ihr an die Zukunft denken!

Folgt euren Kameraden, euren Führern, denen ihr jahrzehntlang Vertrauen geschenkt habt, laßt euch nicht von neu auftauchten unverantwortlichen Elementen ins Elend stürzen.

Helft aufbauen!

Gebietet dem Niederreißer Einhalt!“

Helft aufbauen, gebietet dem Niederreißer Einhalt — das war die weitere Parole der Bergarbeiterverbände während einer Zeit, in der revolutionäre Gewaltmethoden triumphierten. Auch diese Parole spricht Bände. Sie zeigt allen, welches hohe Maß von Verantwortung die Gewerkschaften gegenüber dem gesamten Volke empfanden und in welcher Entschiedenheit sie in einer gährenden Zeit den volkstümlichen Männen irreführender Massengenossen entgegentraten. Ein weiteres Dokument für diese soziale Haltung ist ein Aufruf, den die vier Bergarbeiterorganisationen am 7. Februar 1920 erließen. Darin heißt es u. a.:

An die Mitglieder des Ruhr-Rebells!

Kameraden! Wieder einmal sind unlautere Elemente Werke, um euch zur Arbeitsniederlegung oder vorzeitig Entfernung von der Arbeitsstelle zu veranlassen.

Denkt an eure Arbeitsbrüder in den anderen Industriezweigen. Ohne Kohlen kein Gas, keine elektrische Kraft, keine Arbeit an Werken und Häuten! Die Eisenbahn würde stillstehen und jegliche Zufuhr ausbleiben.

Denkt daran, Kameraden, daß wir Bergarbeiter nicht allein in Deutschland Arbeit und Brot brauchen. Denkt an das sterbende Wien. Gebenkt eurer Familien. Wer die Parole der Organisationsbefolgung nicht gut fassen will, wer dagegen handelt, ist ein disziplinlosiger Gewerkschaftler und verstoßt sich an der Volksgemeinschaft.“

Als Kohlen fehlten und Hungersnot drohte, —

bewiesen die Bergarbeiter wiederum einen ungeheuren Opfergeist. Sie verfahren wöchentlich zwei Ueberprüfungen. Das war eine ungeheure Leistung. Infolge der miserablen Ernährungswaise waren die meisten Bergarbeiter unterernährt. Nur mit Mühe und Not konnten sie ihre ordentlichen Schichten verfahren. Trotzdem fanden sie sich zur Ueberarbeit bereit und leisteten im Interesse des Volkes geradezu Uebermenschliches. Wiederrum waren es die Bergarbeiterorganisationen, die berufsegoistische Ziele zurückstellten und den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung trugen. Von welch hochherzigen und sozialen Motiven sie dabei geleitet wurden, geht aus unserem Verbandsorgan vom 28. Februar 1920 hervor. Dort heißt es:

Das deutsche Volk befindet sich in einer ungeheuer schweren Not. Es wäre eine Verleumdung, wollten wir die Verhältnisse besser erscheinen lassen als sie sind. Eine solche Verleumdungspolitik ist während des ganzen Krieges offiziell betrieben worden.

So etwas darf sich nicht wiederholen. Ohne Umschweife muß dem Volke gesagt werden, daß wir in ein paar Wochen am Ende mit unseren Nahrungsmitteln sind, wenn wir keine großen Zufuhren vom Ausland erhalten! Nachdrücklich muß es allen Ungläubigen begreiflich gemacht werden, daß das Ausland uns für unser Papiergeld nichts liefert, sondern wirkliche Gegenwerte, die Bezeugnisse der deutschen Arbeit, also Waren, von uns verlangt. Durch die Abreise der Provinz Posen, von Teilen der Provinz West- und Ostpreußen und Schleswig sind uns sehr wichtige landwirtschaftliche Gebiete verloren gegangen. Das allein schon vergrößert unsere Not, und Kartoffelversorgung in verhängnisvoller Weise. Unsere Brotration ist sehr vermindert, die Kartoffelrationen reichen nicht einmal, überall für die Versorgung mit drei Pfund pro Kopf und Woche aus. Fleisch- und Fettlieferungen sind für große Industriegebiete auf ein Maß herabgesunken, das kaum noch nennenswert ist.

Nachdem man dann mitgeteilt hat, daß die Bergarbeiter am 28. Februar wöchentlich zwei Ueberprüfungen verfahren werden, heißt es dann in dem Organ unseres Verbandes weiter:

Wir wissen, daß wir von unseren Kameraden, die sich heute in einer guten körperlichen Verfassung befinden, ein schweres Opfer verlangen. Ein scharfer Kritik des Ueberprüfungsverfahrens wird es nicht fehlen, das wissen wir. Aber wir alle, das ganze deutsche Volk, befinden sich in einer furchtbaren Zwangslage! Nicht allein, daß es im Inlande an allen Ecken und Enden an Kohlen fehlt, deshalb diese Hunderttausende proletarischer Volksgenossen ganz arbeitslos, Millionen seit langem teilweise arbeitslos sind und das ganze Elend uns bald niederzubrüden droht, sondern dazu kommt die Entente mit ihrer großen Kohlenförderung auf Grund des Versailler „Friedensvertrages“! Wir müssen an das Ausland hochwertige Waren verkaufen, um dafür Lebensmittel zu erhalten; wir müssen unseren ganz oder teilweise arbeitslosen Volksgenossen helfen, an die Arbeit zu kommen. Nicht um das „Kapital“ dreht es sich, sondern um das ganze Volk!

Als die Franzosen das Ruhrgebiet besetzten,

Während die organisierten Bergarbeiter gleichfalls bei der Verteidigung nationaler Belange im Vordertreffen. Noch zu Jahresanfang 1923 erhob unser Verbandsorgan seine warnende Stimme. Demals schrieb beispielweise die Bergarbeiter-Zeitung:

Näher wie je ist die Möglichkeit gerückt, daß das Ruhrgebiet besetzt, seine Wirtschaft in unerträglich Weise kontrolliert, bebaut und ausgebeutet wird. Das wäre unerträglich für die Arbeiterschaft! Zu der fürchterlichen Wohnungsnot, die wir schon haben, Befassung mit Ihren bekannten Ansprüchen auf Wohnung! Arbeiten der Massen unter fremder Kontrolle! Weiteres Ausweichen der Gewerkschaft vor der Befassung! Ballongrenze gegen das innere Deutschland! Glaubt ein Mensch, daß Frankreich damit die angelegten Ziele erreichen wird? Glaubt ein Mensch an die Steigerung der Arbeitsfreudigkeit unter solchem Druck? Noch hoffen wir, daß das Schlimmste nicht eintritt. Wenn es eintritt, wird die organisierte Arbeiterschaft des Ruhrgebietes ihre Pflicht tun. Sie wird das Volkert sein gegen fremdländisch-kapitalistische Einflüsse, wie es bis jetzt an der Saar und im besetzten Gebiet war.

Schon einige Tage vorher hatte eine in Bochum tagende Konferenz unserer Verbandsfunktionäre zu der angeführten Befassung des Ruhrgebietes Stellung genommen und ihren Willen in nachstehender Entschliessung kundgegeben:

„Die am 31. Dezember 1922 zu Bochum tagende Konferenz der freigewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter des Ruhrgebietes protestiert entschieden gegen die von der französischen Regierung angeordneten Maßnahmen, die auf eine Besetzung und wirtschaftliche Ausbeutung des Ruhrgebietes hinführen. Die Bergarbeiter des Ruhrgebietes erblicken in der angestrebten „Politik der produktiven Wänder“ nicht das Mittel, die Schwierigkeiten des Reparationsproblems zu überwinden und jene Beziehungen zwischen den Wänder Herzustellen, wie sie die Interessen der Völker erheischen. Jeder gewaltsame Eingriff der französischen Regierung muß notwendig zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiter und damit zu einer Vertiefung der internationalen Gegensätze führen.“

Wenige Tage später, am 20. Januar, als der Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet erfolgt war, erließen die vier Bergarbeiterverbände einen Aufruf, der mit nachstehenden Worten eingeleitet wurde:

„An die Bergarbeiter des Ruhrreviers!
Kameraden! In den schwersten Tagen, die jemals über das schaffende Volk des Ruhrgebietes hereingebrochen sind, wenden wir uns an euch mit einem ernsten Appell. Wir schließen uns dem einmütigen Widerstand des deutschen Volkes gegen die Besetzung des Ruhrgebietes an. Die Besetzung des Ruhrgebietes, der Stätten unserer friedlichen Arbeit, ist ein schwerer Rechtsbruch. Sie ist auch nicht geeignet, der internationalen Wirtschaft und der internationalen Verständigung zu dienen.“

Trotz dieses entschlossenen Protestes versuchte die französische Besatzungsbehörde, sich bei den Bergarbeiterorganisationen anzuhornern. Über ebenso entschieden, wie sich unser Verband den bolschewistischen Bestrebungen der Spartakisten widersetzte, ebenso entschlossen wehrten seine Vertreter die fremdländischen Anleiherungsversuche ab. Zum Beweis hierfür sei nur kurz eine Notiz aus der Bergarbeiter-Zeitung vom 27. Jan. 1923 erwähnt. Es heißt da:

von 1923 bis 1933.

Auch in dieser Zeit haben die Bergarbeiter Hervorragendes für Deutschland geleistet. Durch den Ruhrstreik und die Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen wurde bekanntlich die deutsche Wirtschaft völlig ruiniert. In welcher Weise die deutschen Bergleute an ihrem Wiederaufbau beteiligt waren, mögen kurz einige Ziffern veranschaulichen. So entwickelte sich beispielweise die deutsche Kohlenförderung wie folgt:

Steinkohlenförderung im Deutschen Reich.	
1923	62,3 Mill. To.
1924	118,7 Mill. To.
1925	132,6 Mill. To.
1927	153,5 Mill. To.
1929	163,4 Mill. To.

In diesem Aufstieg waren die Bergarbeiter am stärksten beteiligt. Das geht besonders aus dem Leistungsergebnis je Mann und Schicht klar hervor:

Schichtfördereranteil pro Mann im Ruhrbergbau.	
1920	631 Kg.
1922	633 Kg.
1924	660 Kg.
1926	1114 Kg.
1928	1191 Kg.
1930	1233 Kg.
1931	1487 Kg.
1932 (November)	1675 Kg.

Wie vorstehende Ziffern zeigen, ist der Schichtfördereranteil gegenüber 1920 annähernd um das Dreifache gestiegen. In anderen Worten: auf einen Ruhrbergmann entfällt heute beinahe die

„Nachdem die Besatzungsbehörde verschiedentlich mit den Bergbauunternehmern verhandelt und zu ihnen in scharfen Gegensatz geraten war, wurden die Vertreter der Bergarbeiterverbände am 15. Januar nach Düsseldorf zum kommandierenden General geladen. Dort wurde ihnen lediglich mitgeteilt, daß die Industriellen die Lage erschweren könnten und man hoffe, daß dies seitens der Bergarbeiterorganisationen nicht geschehe. Erklärungen der Arbeitervertreter wurden nicht entgegengenommen bzw. nicht zugelassen.“

Die Absicht der Besatzungsbehörde liegt auf der Hand. Sie darf sich aber keine Hoffnung darauf machen, daß die Bergarbeiter in den entscheidenden Lebensfragen des deutschen Volkes eine Stellung einnehmen können, die sich gegen das deutsche Volk richtet und die Pläne der Erbauer des Ruhrgebietes unterläßt.“

Zum Schluß dieser Betrachtungen sei schließlich auf einen Aufruf der vier Bergarbeiterverbände im August 1923 verwiesen:

An die Bergarbeiter!
Kameraden!

Über 7 Monate führt das deutsche Volk den schwersten Kampf um seine Freiheit und Existenz. Die durch die Besetzung des Ruhrreviers und infolge einer falschen Finanz- und Wirtschaftspolitik hervorgerufene schwierige Ernährungslage wird von den Kommunisten und Unionisten dazu benutzt, die Arbeiterschaft in den Generalstreik zu treiben, um auf diese Weise den Bürgerkrieg zu entfesseln.

Die vorhandene Notlage wird dadurch nur tiefenhaft vergrößert. Die deutsche Republik müßte auseinanderfallen und die deutsche Arbeiterschaft an Aufruhr und Missetaten unter fremder Herrschaft Fronblende leisten.

Es gilt, alle Kräfte zusammenzufassen, um die dem deutschen Volke, vor allem der deutschen Arbeiterschaft, drohenden Gefahren abzuwenden.

Generalstreik und passive Resistenz gegenüber den eigenen Werken vergrößern die Notlage der Arbeiterschaft, machen eine Besserung der Verhältnisse unmöglich, schwächen den Widerstand gegen den fremden Militarismus und gefährden die deutsche Republik.

Kameraden! Hört nicht auf die falschen Freunde. Ihr Weg führt ins Verderben. Folgt nur den Weisungen eurer Organisationen. Nur dann wird es gelingen, die schwierigen Verhältnisse zu meistern.“

Auch dieser Aufruf spricht für sich. Wie aus allen Kundgebungen, so spricht auch aus diesem Aufruf die große Verantwortung gegenüber dem deutschen Volke und seinem nationalen Schicksal.

Wir könnten nun die Belege über die Haltung der Bergarbeiter beliebig vermehren, aber die erwähnten Bruchstücke zeigen zur Genüge, wie in den kritischsten Tagen der Nachkriegszeit die Bergarbeiter und ihre Organisationsvertreter alle beruflichen Sonderinteressen zurückstellten und in aufopfernder Weise dem deutschen Volke dienten. Werfen wir nun noch einen kurzen Blick auf die Zeit

gleiche Leistungsmenge wie auf drei Bergarbeiter im Jahre 1920. Welchen Einfluß diese Entwicklung auf die Gestaltung der Lohnkosten hatte, geht aus nachstehender Uebersicht hervor:

Lohnkosten im Ruhrbergbau je Fördererante.	
1913	6,94 M.
1925	7,80 M.
1927	7,10 M.
1929	7,02 M.
1930	6,66 M.
1931 (Januar)	6,93 M.
1931 (Dezember)	5,01 M.
1932 (Oktober)	4,24 M.

Trotz des erheblichen Stillstandes der Lohnkosten haben die Besatzer des Ruhrgebietes erneut die Tarifverträge gekündigt mit dem Ziel, durch eine weitere Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die Lohnkosten noch tiefer herabzudrücken.

Dagegen wehren wir uns. Wir wehren uns aber auch gegen jeden Versuch, die bisherige gewerkschaftliche Bergarbeiterpolitik für die Wänder in Deutschland verantwortlich zu machen. Sätten alle Volksschichten in so unheimlicher und anpönernder Weise dem deutschen Volke gebietet, wie es die Bergarbeiter und ihre Organisationsvertreter während und nach dem Kriege getan haben, dann wäre uns Vieles erspart geblieben.

Was die Bergarbeiter für Deutschland geleistet haben, taten sie freiwillig aus sozialer und nationaler Verantwortung. Sie erwarten für diese Pflichterfüllung und Hingabe keinen Dank. Sie erwarten nur, daß sie in dem deutschen Haus, das sie mühsam aus den Trümmern des Krieges mit aufbauten, nicht als Stiefkinder, als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt werden. Sie erwarten als Diener der Nation Wahrheit und Gerechtigkeit!

Der deutsche Bergbau im Februar 1933.

I. Steinkohlenbergbau.

Steinkohlenförderung insgesamt	Februar 1933		
	Januar 1933	Februar 1933	Februar 1932
Ruhrbezirk	6 268 471	6 548 030	6 888 518
Wachen	578 947	601 498	594 545
Westerschlesien	1 228 884	1 049 849	1 218 585
Niederschlesien	848 722	875 430	892 885
Freistaat Sachsen	262 721	290 012	251 880
Rohbergzeugung			
Ruhrbezirk	1 818 967	1 448 548	1 268 582
Wachen	102 288	107 769	107 859
Westerschlesien	72 994	76 925	72 922
Niederschlesien	62 469	67 279	68 809
Freistaat Sachsen	18 918	18 150	18 064
Brittelherstellung			
Ruhrbezirk	229 838	275 701	283 856
Wachen	27 757	37 791	26 659
Westerschlesien	28 266	20 633	25 849
Niederschlesien	8 455	4 662	5 493
Freistaat Sachsen	9 023	9 584	9 492

Beschäftigte Arbeiter

	208 108	208 018	211 597
Ruhrbezirk	85 078	85 089	86 228
Wachen	87 200	87 601	86 689
Westerschlesien	16 428	16 568	17 129
Freistaat Sachsen	16 079	16 089	16 189

R u h r b e z i r k: Die Bestände der Beizen an Kohle, Koks und Brechkohle (d. h. Halbenbestände, ferner die in Wagen, Türmen und Kränen befindlichen, noch nicht versandten Mengen einschli. Koks und Brechkohle, letztere beide auf Kohle zurückgerechnet) stellten sich Ende Februar 1933 auf rd. 10,51 Mill. Tonnen gegen 10,36 Mill. Tonnen Ende Januar 1933. Hierzu kommen noch die Syndikatslager in Höhe von 1,10 Mill. Tonnen.

Die Zahl der Feiertage wegen Abnahmangels belief sich im Februar 1933 nach vorläufiger Ermittlung auf rd. 683 000. Das entspricht etwa 3,29 Feiertagen auf ein Mann der Gesamtbelegschaft.

W a c h e n: Nachdem die Kältemelle im letzten Drittel des Monats Januar den Gruben anfangs Februar eine Erleichterung in einzelnen Hausbrandarten gebracht hatte, erfolgte bald

wieder ein Rückschlag. Der Temperaturwechsel brachte eine erneute Abkühlung. Feiertagen mußten daher auf einzelnen Anlagen wieder in größerem Umfang eingelegt werden.

Das Geschäft in Industriekohlen war im allgemeinen unverändert; mangels genügender Bestellungen wurde durchschnittlich einmal in der Woche gefeuert.

Die Rohbergzeugung konnte abgesetzt werden. Die Brittelherstellung erfuhr gegen den Vormonat eine Einschränkung.

W e s t e r s c h l e s i e n: Die Nachfrage auf dem Kohlenmarkt hat sich weiter verschlechtert. Sowohl in Hausbrand als auch in Industriekohlen fehlte es an Aufträgen. Besonders ungünstig war bisher das Staubkohlegeschäft. Insgesamt wurden abgesetzt an Steinkohle 1 099 961 Tonnen (im Vormonat 1 208 817 Tonnen), an Koks 80 432 Tonnen (105 828 Tonnen) und an Brittels 22 622 Tonnen (28 793 Tonnen). Auf Halbe lagen am Monatsende 1 215 358 Tonnen Steinkohle, 412 358 Tonnen Koks und 3 239 Tonnen Brittels. Der Gesamthalbenbestand (Koks und Brittels in Kohle umgerechnet) stieg von 1,69 Mill. Tonnen auf 1,73 Mill. Tonnen.

Trotz des Abbaus von 800 Arbeitern konnte die Zahl der Feiertage nicht verringert werden.

Wegen Abnahmangels sind ausgefallen im Februar 117 800 oder je Kopf 3,23 Schichten gegenüber 110 783 oder 3,02 Schichten im Vormonat.

N i e d e r s c h l e s i e n: Die Lage auf dem niederschlesischen Kohlenmarkt erfuhr im Februar gegenüber dem Vormonat kaum eine Veränderung. Die vorübergehend kältere Witterung blieb auf das Hausbrandgeschäft ohne Einfluß. Auch liegen die Abbrufe der Industrie vorläufig jegliche Belebung vermissen. Die Kohlenbestände stiegen im Laufe des Berichtsmonats von 128 571 Tonnen auf 134 252 Tonnen an.

Auf dem Koksmarkt ließ nach der vorangegangenen Belebung des Vormonats die Nachfrage in Heizkoks wieder nach. Der Koksabatz ging daher im Berichtsmonat nicht unerheblich zurück. Die Halbenbestände verringerten sich von 154 389 Tonnen im Vormonat auf 151 013 Tonnen im Berichtsmonat.

Die gesamten Halbenbestände an Brennstoffen (Kohle und Koks) betragen demnach Ende des Berichtsmonats 285 265 Tonnen (Vormonat 282 910 Tonnen).

Nach dem Ausland, hauptsächlich nach der Tschechoslowakei, wurden im Berichtsmonat abgesetzt 25 556 Tonnen Kohlen und Brittels und 10 284 Tonnen Koks gegenüber 23 788 Tonnen Kohlen und Brittels und 10 264 Tonnen Koks gegenüber 23 788 Tonnen Kohlen und Brittels und 10 296 Tonnen Koks im Vormonat.

Die Verladung auf dem Bahnwege war ungestört. Die Verfrachtung auf dem Wasserwege konnte mit Beginn des Berichtsmonats wieder aufgenommen, mußte aber in dem letzten Drittel des Monats wegen Eisgangs erneut eingestellt werden.

F r e i s t a a t S a c h s e n: Der anhaltende Frost brachte eine kleine Belebung des Abzuges. Sowohl in Hausbrand als auch in Industriekohlen konnte die Förderung abgesetzt und darüber hinaus ein kleiner Teil vom Vorrat verladen werden. Feiertage wurden nach wie vor eingelegt.

II. Braunkohlenbergbau.

Rohkohlenförderung insgesamt	Februar 1933		
	Januar 1933	Februar 1933	Februar 1932
Mitteldeutschland	6 877 705	7 464 625	6 886 519
Rheinland	8 081 602	8 449 292	8 191 493
Brittelherstellung			
Mitteldeutschland	1 572 724	1 798 119	1 541 114
Rheinland	692 188	750 718	669 275
Rohbergzeugung			
Mitteldeutschland	44 987	51 169	42 006
Rheinland	—	—	—

M i t t e l d e u t s c h l a n d: Im Gebiete des Mitteldeutschen Braunkohlen-Syndikats gingen die Abbrufe in Hausbrandbrittels gegenüber dem Vormonat weiter zurück, obgleich der Berichtsmonat eine Reihe kalter Tage aufwies. Auch auf dem Industriebrittelmarkt war ein weiteres Absinken des Abzuges zu verzeichnen. Die Raffprettleinabgänge erfolgten wie im vergangenen Monat restlos ab Stapel.

Im Gebiet des Ostfälischen Braunkohlensyndikats hatte sich das Hausbrandgeschäft gegenüber dem Vormonat sehr ungünstig entwickelt und blieb im Ergebnis unter dem Februar des Vorjahres. Der Brittelabatz für Industriezwecke wies im Berichtsmonat eine schwache Belebung auf.

B a y e r n: Die Förderung im bayerischen Bergbau betrug:

	Februar 1933		
	Januar 1933	Februar 1933	Februar 1932
Brechkohle	100 884	108 478	110 760
Braunkohle	84 108	86 942	88 718

III. Eisenerzbergbau.

S i e g e r l a n d: Die Weiterzahlung der Reichs- und Staatsbeihilfe hat es ermöglicht, eine größere Siegerländer Grube ab 1. Februar wieder in Betrieb zu nehmen, Förderung und Belegschaft erfuhr daher gegenüber dem Vormonat eine Erhöhung. Da der Abatz die Förderung auch im laufenden Monat übersteigt, vermochten die Vorräte eine weitere Senkung zu erfahren.

S a h n - D i l l e g e b i e t e n s c h l. O b e r h e s s e n: Der Monat Februar brachte hinsichtlich Förderung und Abatz keine nennenswerte Veränderung gegen die Vormonats. Durch verstärkten Abatz der Hochofenwerke erhöhte sich der Abatz zwar um einige tausend Tonnen; diese Mehrleistung wurde jedoch aus den immer noch beträchtlichen Halbenbeständen bestritten.

Solange die Erzlager nicht geräumt sind und die Hüttenwerke sich nicht zu einem regelmäßigen Abatz bestimmter Monatsmengen entschließen, kann an eine Wiederaufnahme von Betrieben und Vermehrung der Förderung nicht gedacht werden.

IV. Metallbergbau.

Die für die Erträge des Metallbergbaues maßgebenden Metallpreise haben sich im Februar 1933 im Vergleich zum Vormonat und zu Vorkriegspreisen wie folgt entwickelt:

Durchschnitt der Londoner Notierungen in Gold — Dollar je Long ton: in Gold — 5 je Unze:

	Zinn	Blei	Kupfer	Silber
1918	22.14,3	18. 6,2	68. 5,9	27,58
1932	10.17,2,18	8.18-7,10	22.16,4,4	12,873
Januar 33	10. 1, —	7. 7,8	19.16,3,4	14,89
Februar 33	9.17,9	7. 9,8	20. 1,3	11,91

Die angeführten Metallpreise haben sich uneinheitlich entwickelt. Die Zinpreise haben die Abwärtsbewegung im Berichtsmonat fortgesetzt, während der Bleipreis um einen geringen Betrag gestiegen ist. Ebenfalls sind um einen geringen Betrag die Kupfer- und Silberpreise gestiegen. Die äußerst schwierige Lage des deutschen Metallbergbaus besteht unverändert fort.

Der Tarifvertrag in der Zukunft.

Nach der politischen Umwälzung fragen sich die Arbeiter und Angestellten mit Recht, was aus den Tarifverträgen und sonstigen Fundamenten des Arbeitsrechts werden wird. Der Gedanke des Tarifvertrages hat sich im Wirtschaftsleben weitgehend durchgesetzt. Auf der tariflichen Gebundenheit beruht die wirtschaftliche Stellung der Millionen Arbeiter und Angestellten. Es ist deshalb schlecht denkbar, daß hier eine plötzliche Wendung eintreten soll.

Es entsteht zunächst die Frage, wie die Unternehmer und namentlich die Arbeitgeberverbände zu dieser Frage stehen. Sie haben den politischen Umwälzung begrüßt und an dessen Verwirklichung tatkräftig mitgewirkt. Es wird sich nun bald zeigen, wie sie den Sieg der nationalsozialistischen Partei für sich auszunutzen werden. Einen ausschlaggebenden Artikel über die Frage „Wie stehen die Arbeitgeberverbände?“ finden wir in den „Blättern für Arbeitsrecht“, der Beilage zur „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ Nr. 5. Der frühere Syndikus der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Rechtsanwalt Dr. Weisinger, setzt sich hier mit den Fragen des Tarifrechts auseinander.

Soweit aus den Äußerungen des Herrn Weisinger zu erkennen ist, will er der Werksgemeinschaft ein größeres Recht in der Tarifgemeinschaft der Zukunft einräumen. Er glaubt, daß die Verbandsformen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sich dem Gebot „des wirtschaftlich richtigen Tarifvertrages“ zu unterwerfen haben. Hier entsteht die Frage, was unter einem wirtschaftlich richtigen Tarifvertrag zu verstehen ist. Die Gewerkschaften halten an der Anschauung fest, daß nicht die Werksgemeinschaft, sondern der berufsständische Tarifvertrag die Grundlage des Arbeitsrechts ist und bleiben muß. Dr. Weisinger warnt sehr eindringlich vor dem Verallgemeinern des Schlagwortes „Kampf gegen den Kollektivismus“. Er schreibt dazu u. a.:

„Der deutsche Arbeiter, ja der Arbeiter schlechthin, denkt kollektiv. Dem Gegenteil auszugehen, wäre ein verhängnisvoller politischer und psychologischer Irrtum. Denn dieses kollektive Denken der Arbeiterschaft ist begründet. Schon äußerlich zeigt sich ein starker Grund in der kollektiven Verbindung der Arbeiter beim technischen Produktionsgang. Zu dieser mehr technischen Erwägung tritt aber eine ausschlaggebende psychologische Erkenntnis. Im privatwirtschaftlichen Staat, der das Eigentum des Produktionsmittels dem privaten Unternehmer überläßt, wird dieser Unternehmer seinen Arbeitern gegenüber nicht nur wirtschaftlich, sondern auch autoritativ immer der Stärkere sein und bleiben. Daß dieses Übergewicht nicht mißbraucht wird, ist im hohen Maß eine Frage der ethischen Stellung des deutschen Unternehmers zum neuen Staat. Der Satz, daß Besitz verpflichtet, wird größere Bedeutung gewinnen, als je zuvor, und mit Recht darf der neue Staat, der den privaten Unternehmer zur Grundlage seiner Wirtschaft machen will, seinen sittlichen Anspruch gegen diesen Unternehmer annehmen, der ihm durch die Anerkennung des Privateigentums verpflichtet wird. Dies sind Grundbegriffe einer neuen Wirtschaftsordnung, und wer sich ihnen eigenmächtig entziehen will, stellt sich außerhalb der Staatsgemeinschaft. Diese sittliche und staatspolitische Verpflichtung des Unternehmers wird aber das tatsächliche Übergewicht des Arbeitgebers im Arbeitsvertrag wirtschaftlich nicht ausgleichen können. Jeder Arbeiter

wird dies instinktiv fühlen. So entwickelt und entfaltet sich in ihm der kollektive Instinkt, das Bedürfnis, nicht nur unter staatlichem Zwangsgesetz, sondern auch im eigenen Selbstschutz als Gemeinschaft dem Unternehmer und Arbeitgeber gegenüberzutreten zu können.“ Der ist der wirkliche Feind des Tarifvertrages, der diese Zusammenhänge verkennt. Deshalb warne ich davor, den kollektivistischen Gedanken im bejahenden oder verneinenden Sinn zum Schlagwort des politischen Kampfes zu machen wie es bisher geschehen ist.“

Die Erkenntnis des deutschen Arbeiters, daß er kollektiv zum eigenen Selbstschutz als Gemeinschaft dem Unternehmer gegenüberzutreten muß, ist hier durchaus richtig herausgestellt. Die gewerkschaftliche Erziehung und die Erfolge des kollektiven Tarifvertrages haben dem Arbeiter diese richtigen Erkenntnisse vermittelt. Der kollektivistische Gedanke ist, wie Dr. Weisinger richtig hervorhebt, innerhalb der Arbeiterschaft unausrottable. Wenn wir also mit Herrn Weisinger in dieser Beziehung übereinstimmen, so können wir ihm naturgemäß nicht folgen, daß der Werkskollektivismus besonders zur Geltung gebracht werden muß. Zwar will auch er den Verbandstark nicht zerlegen, sondern ihn einer wesentlichen Wandlung unterziehen. Den zentralen Verbänden auf sachlich-berufständischer und bezirklich-gemeinschaftlicher Grundlage soll die kollektive Regelung der allgemeinen Arbeitsbedingungen vorbehalten bleiben. „Die Lohnregelung wird nicht, wie dies bisher der Fall gewesen ist, ein ausschließliches Monopol des Verbandstariars bleiben dürfen. Hier werden sich die Arbeitgeberverbände zu überlegen haben, welchen Teil ihrer bisherigen Tarifhoheit sie zugunsten ihres Betriebes abzugeben können.“ Der Anwalt der Arbeitgeberverbände drückt sich hier sehr unklar aus. Wenn wir seine Worte richtig verstehen, so ist er nach wie vor für den allgemeinen Tarifvertrag, jedoch soll die Lohnregelung nicht immer als Bestandteil des Verbandstariars gelten. Wie sie werksmäßig vorgenommen werden soll, wird nicht gesagt.

Man kann aus alledem ersehen, daß die Arbeitgeberverbände im großen und ganzen an den Tarifvertrag festzuhalten wünschen. Sie werden selbst erkannt haben, daß der schrankenlose Individualismus in dem Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital und innerhalb einer weitgehend gebundenen Wirtschaft nicht entbehrt werden kann. Auf der anderen Seite will man aber der Werksgemeinschaft Konzessionen machen und sucht nun nach einer Synthese zwischen dieser und dem allgemeinen Tarifvertrag.

Für die Arbeiter steht hier außerordentlich viel auf dem Spiel. Nicht nur ihrer Anschauung gemäß, sondern auch aus ihrer praktischen Erfahrung heraus verteidigen sie den Tarifvertrag auf der Grundlage des Berufs oder der Industrie. Wir dürfen uns aber keiner Täuschung hingeben, daß die Unternehmer den Versuch machen, die für sie günstige politische Situation wirtschaftlich auszunutzen. Der Tarifvertrag als die Grundlage des Arbeitsrechts wird von den Arbeitern aller Richtungen verteidigt. Die unheilvolle politische Perspektivierung muß hier überwunden und das wirtschaftliche Recht des schaffenden Menschen in den Vordergrund gestellt werden. In der bevorstehenden Neuordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse werden die Gewerkschaften der treueste Anwalt und das gegebene Kraftzentrum der Arbeiterklasse sein.

Der deutsche Außenhandel in der Krise.

Im Jahre 1929 hatte der deutsche Außenhandel mit 18 Milliarden Reichsmark Einfuhrwert und Ausfuhrwert seinen höchsten Stand erreicht. In der Krise sind die Umsätze von Jahr zu Jahr gewaltig zusammengeschrunken. Der Wert der Einfuhr betrug im Jahre 1932 nur noch 4,6 Milliarden Reichsmark, der Wert der Ausfuhr nur noch 5,7 Milliarden Reichsmark. Allerdings erklärt diese Entwicklung nicht allein aus dem Rückgang der Außenhandelsgeschäfte, sondern zum Teil auch durch den Fall der Preise. Die wirkliche Schrumpfung des Außenhandels läßt sich besser erkennen, wenn man die Preisbewegung ausschaltet, das heißt die Außenhandelsbewegung so darstellt, als ob die Preise seit 1928 unverändert geblieben wären. Auch dann noch bleibt das Ergebnis erschreckend: Es ergibt sich eine Abnahme der Einfuhr um 30 v. H. und eine Abnahme der Ausfuhr um 40 v. H.

Jahr	Tatsächliche Werte (Mrd. RM.)	Einfuhr	
		1929 = 100	Werte des Jahres 1929 = 100
1929	18 447	100	18 512
1930	10 898	77	12 089
1931	6 727	50	10 166
1932	4 687	35	9 465

Jahr	Tatsächliche Werte (Mrd. RM.)	Ausfuhr	
		1929 = 100	Werte des Jahres 1929 = 100
1929	18 488	100	18 669
1930	12 086	89	12 958
1931	9 599	71	11 789
1932	5 739	43	6 123

In Zeiten guter Konjunktur gab der Außenhandel etwa einen Viertel der deutschen Arbeiter Verdienstmöglichkeit. Eine Wirtschaftskrise, die an der Verbesserung der katastrophalen Lage der Arbeitsmarktes arbeiten will, mußte daher unbedingt davon ausgehen, den drohenden Verfall der Außenhandelsbeziehungen aufzuhalten.

Schrumpfung des Arbeitereinkommens.

Das Statistische Reichsamt veröffentlichte soeben neue interessante Zahlen zur Darstellung der Einkommenslage der Arbeiterschaft. Die Entwicklung der Verdienste wird an dem Aufkommen der Beiträge zur Invalidenversicherung dargestellt. Zu Erhebung dieser Beiträge wurden bestimmte Lohnklassen, gestaffelt nach den Wochenverdiensten, geschaffen. Ein immer größerer Teil der Verdiensten mußte durch den Lohnabbau und die Zunahme der Kurzarbeit in niedrigere Lohnklassen eingestuft werden. Die Arbeitslosen scheiden zumeist aus der Versicherung aus; nur ein Bruchteil von ihnen zahlt zur Erhaltung der Anwartschaft in den niedrigeren Lohnklassen seine Beiträge weiter. In der Beschlebung der Lohnklassen kommen also vor allem die Einkommensverluste der Betriebsarbeiter zum Ausdruck, die bekanntlich durch die Statistik der Tariflöhne allein nur ganz unzureichend erfaßt werden. Wie stark sich die wöchentlichen Verdienste durch Kurzarbeit und Lohnabbau verringern, zeigt die folgende Tabelle:

	1929	1930	1931	1932
Bis zu 24,— RM pro Woche	45,0	46,8	51,9	60,9
24,— bis 36,— RM pro Woche	17,0	16,9	17,9	19,2
Über 36,— RM pro Woche	38,0	36,3	30,2	19,9

Rund 7 Millionen Arbeiter haben im vergangenen Jahre noch nicht einmal 100 RM im Monat verdient. Während zu Beginn der Krise im Jahre 1929 noch 38 v. H. der Arbeiter mehr als 36 RM wöchentlich verdienten, betrug der Anteil im Jahre 1932 nur noch 19,9 v. H. Demgegenüber stieg der Prozentsatz der Arbeiter, die wöchentlich nur bis zu 24 RM verdienen, von 45 v. H. im Jahre 1929 auf 60,9 v. H. im Jahre 1932.

Entwicklung der Lebenshaltungskosten.

Jahr	Monat	Gesamt-lebenshaltung		Woh-nung		Nähr-nahrung		Woh-nung		Sonst-ige	
		ohne	mit	ohne	mit	ohne	mit	ohne	mit	ohne	mit
1929	Januar	158,1	160,0	153,8	125,9	151,0	172,5	191,1	149,2	147,3	147,3
1930	"	151,6	157,9	150,2	126,7	153,3	169,8	193,0	147,3	147,3	147,3
1931	"	140,4	142,6	133,5	121,8	150,4	146,4	187,3	135,6	135,6	135,6
1932	"	124,5	125,2	116,1	121,5	140,4	123,9	171,1	119,7	119,7	119,7
1932	November	118,8	118,2	109,5	121,4	136,4	113,2	164,0	114,2	114,2	114,2
1932	Dezember	118,4	117,7	109,0	121,4	136,6	112,4	163,2	113,8	113,8	113,8
1933	Januar	117,4	116,4	107,3	121,4	136,7	112,1	162,7	112,8	112,8	112,8

Polnische Kohlenbahn Kattowitz — Gdingen.

Nach nahezu siebenjähriger Bauzeit ist die Gesamtstrecke der neuen polnischen Kohlenbahn, die Kattowitz mit dem polnischen Ostseehafen Gdingen verbindet, fertiggestellt. Damit ist der bisherige Bahnweg, der das polnisch-ober-schlesische Kohlenrevier mit dem Meer verbindet, um etwa 110 km verkürzt worden. Das bis lang fehlende Mittelstück — ein kleiner nördlicher und südlicher Teilschnitt waren vom polnischen Staat selbst gebaut worden — ist von dem französischen Rüstungsunternehmen Schneider-Creusot und einer französischen Großbank finanziert worden, denen auch die Fertigstellung der Bahn und ihr Betrieb für die Dauer von 50 Jahren übertragen wurde. Allein schon die Aufbringung der Mittel, die durch Auflegung einer Anleihe in Höhe von 1100 Millionen Francs auf der Pariser Börse beschafft werden sollten, mißglückte, denn nachdem der erste Teilbetrag in Höhe von 350 Millionen 1930 in Paris ausgegeben war, fiel der Kurs dieses Papiers so, daß die Auflegung der anderen Anleihebeträge unmöglich wurde. Dieser Fehlschlag ließ den Bahnbau längere Zeit ins Stocken kommen, verhinderte den zweigleisigen Ausbau der ganzen Strecke und vor allem die Herstellung der im Vertrag vorgesehenen Bahnhöfe und Werkstätten und die Beschaffung des vollen Materials an Lokomotiven und Eisenbahnwagen. So muß gegenwärtig der Betrieb durch die polnischen Staatsbahnen allerdings auf Rechnung des französischen Konsortiums durchgeführt werden, was den polnischen Staatsbahnen große Verluste bringt, da sie dem Konsortium die vollen Tarife erstatten müssen, selbst aber die meisten Transporte, vor allem den Transport der Exportkohle, zu niedrigen Ausnahmestufen bewerkstelligen müssen. Der Nachdruck, mit dem die polnische Regierung die schleunigste Fertigstellung der Bahn trotz ihrer Unrentabilität durchsetzte, zeigt, daß es sich im Grunde genommen um eine strategische Bahn handelt, die stärker militärischen als wirtschaftlichen Gründen ihre Entstehung verdankt.

Aus der Reichsknappschafft.

Vorstandsitzung am 16. März 1933.

Die Notverordnung vom 14. 6. 32, die eine Kürzung der Invalidenpension um 6,— M. brachte, bedingte in vielen Fällen eine weitere Kürzung, wenn das Einkommen aus Lohnarbeit gewinnbringender Beschäftigung in ein anderes Prozentverhältnis zu der gekürzten Pension geriet. Diese Mehrkürzung soll in den alten Fällen nicht zur Anwendung gelangen, weil der Sinn der Notverordnung vom 14. 6. 32 dahin ging, nur den Betrag von 6,— M. zu kürzen. Wurde zu einer Alterspension Kindergeld für Stiefkinder oder Enkel gezahlt, ist dieses auch bei Umbildung der Alterspension die Invalidenpension weiter zu zahlen, obgleich es nach der Notverordnung vom 8. 12. 31 fortzufallen müßte, falls die Umbildung als neuer Versicherungsfall angesehen werden würde.

In Fällen, in denen ein Versicherter als arbeitsloses Mitglied stirbt und der bis dahin selbst keine Rente bezogen hat, sollen die Hinterbliebenen entgegen der Notverordnung vom 8. 12. 31 vom ersten Tage des auf den Sterbetag folgenden Monats gewährt werden, wenn die Hinterbliebenen wegen des Sterbefalles nicht mehr dazu gekommen sind, den Rentenanspruch nach — Sterbetag zu stellen. Da nach § 73 R. V. die Krankheitszeit zum Dienalter für die Berechnung der Leistungen rechnet, soll die Frist für die Zahlung von Anerkennungsgebühren nicht von dem auf das Ausscheiden aus der Versicherung folgenden Monatsersten zu laufen beginnen, sondern von dem auf das Ende der Krankheitszeit folgenden Monat an.

Saargebiet.

Die ewig gestrigen melden sich.

Der Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands (Kommunisten) Bezirk Saargebiet, sandten unserer Bezirksleitung in Saarbrücken ein Schreiben, in dem auf die Schutzmaßnahme unseres Vorsitzenden Sufemann sowie die Besetzung unserer Verbandszentrale hingewiesen wurde. Es heißt dann daran anknüpfend, daß das Gebot der Stunde jetzt sei, daß unsere Bezirksleitung in Saarbrücken sich mit dem SBBB zu gemeinsamer Protestaktion im Saargebiet zusammenfinde.

Unsere Bezirksleitung im Saargebiet überbandte darauf der kommunistischen Verbandleitung folgendes Schreiben, dem wir keinen Kommentar anzufügen brauchen:

Beständige das Schreiben vom 13. März d. J. betreffs einer gemeinsamen Ausrede zur Durchführung einer Demonstration der Saarbergarbeiter. Ich danke für die rührende Anteilnahme an dem Geschehen unseres Verbandes; insbesondere

unseres Vorsitzenden Kamerad Sufemann. Zu Eurer Beruhigung teile ich mit, daß unser Verbandsvorsitzende Sufemann sowie alle verhafteten Verbandsangehörigen, nach kurzer Schutzhaft wieder in Freiheit gesetzt wurden.

Zu dem heutigen Zustand hat die kommunistische Partei und SBBB durch die Spaltungen der Gewerkschaften und Beschimpfung aller Gewerkschaftsangehörigen — besonders unseres Vorsitzenden Kamerad Sufemann — zum großen Teil beigetragen.

Von dem Antrage des Einheitsverbandes, durch eine Demonstration im Saargebiet den faschistischen Kurs in Deutschland zu ändern, versprechen wir uns keinen Erfolg. Der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands ist in der Lage, die Interessen seiner Mitglieder sowie seines Eigentums zu wahren.

Was die deutsche und saarländische Bergarbeiterschaft notwendig hat, ist ihre freigewerkschaftliche Einigkeit. Wir bitten auch Euererseits zu derselben beizutragen.

Freiheit! Die Bezirksleitung.

Die Braunkohlen tonzerne haben keinen Grund Lohndrücker zu sein.

Der Braunkohlenbergbau ist bekannt durch die außerordentlich gedrückten Löhne, die dieser Wirtschaftszweig seinen Arbeitern bezahlt. Die neuerliche Kündigung der Tarifabkommen seitens der Unternehmer zeigt, daß gegenwärtig sogar versucht werden soll, noch weitere Lohnkürzungen durchzusetzen. Wie wenig ein solcher Versuch mit der Geschäftslage des Braunkohlenbergbaus begründet werden kann, zeigt eine Veröffentlichung über die Lage des Braunkohlenbergbaus, die im Märzheft 1933 der Vierteljahrshefte für Konjunkturforschung erschien. Danach ist das abgelaufene Geschäftsjahr 1932 ein besonders günstiges Braunkohlenjahr gewesen, in dem sogar bei gleich hohen Förderziffern die Vorräte von 350 000 auf 180 000 Tonnen abgebaut werden konnten. Vor allem brachten die letzten Monate von August bis November ein Ansteigen der arbeitstäglichen Braunkohlenförderung um 24 Prozent, während sonst in diesen Monaten im Durchschnitt der Jahre 1926/31 die Förderung nur um 12 Prozent ansteigen war. Die Zunahme war dieses Mal daher weit stärker als saisonüblich. Im gleichen Zeitraum hat sich die Herstellung von Braunkohlenbricketts um 19 Prozent erhöht, während in den Vorjahren in den Monaten August bis November eine scharfe saisonmäßige Senkung zu verzeichnen war. Vor allem wird die Braunkohle im steigenden Umfang für die Elektrizitätserzeugung herangezogen, so daß bereits Einsparungen in der Braunkohlenförderung in der Ablicht vorgenommen wurden, die vorhandenen Braunkohlevorräte in der Elektrizitätserzeugung zu schonen.